

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 63

Febr. / März 2013



Haushalt 2013 – Personalabbau und Privatisierung
Bildung und Teilhabe: Päckchen statt Paket?
Geschichte des Ostumgehungs-Protests

INHALT

Haushalt 2013 – mit neoliberalen Fahrplan	
Privatisierung und Personalabbau	3
Mende an McAllister	
„Gegen den Spuk der Zusammenarbeit“	5
Landtagswahl 2013 - Analyse 2013	
Nach der Wahl folgt der Alltag	6
Bildung und Teilhabe im Landkreis	
Päckchen statt Paket	8
Schluss mit der Gutscheinpraxis	
Flüchtlingsinitiativen erfolgreich	10
Meldungen	12
Laternengespräche	
Komm unter meine Decke	14
„Verdacht linksextremistischer Aktivitäten“	
Wo sitzen die Verfassungsfeinde?	16
Fukushima Gedenktag	
Aktionskette rund ums AKW Grohnde	18
Critical Mass Celle	
Wir sind der Verkehr	19
Preisverleihung an Netzwerk Südheide	
„Wir haben genug Steine ...“	20
Gemeinsam gegen Nazitreffen in Eschede	
... nur eine klare Haltung: Nein	21
Zur Geschichte neuer sozialer Bewegungen	
Gegen die Ostumgehung (1976 – 2012)	23
Neue Studie zur Celler Spinnhütte	
Ein Musterbetrieb im Nationalsozialismus	28
Veranstaltungshinweise	29
Kinotermin	30
Termine in Kultur & Politik	31



„Ich will Steine werfen, Messer schärfen, / Wurzeln brechen, Routen berechnen, / Mich zerstückeln, trotzdem lächeln, / Unversehens anders sprechen“

Tocotronic

Print macht pleite? Von wegen! Unsere großartige Charity-Party am 23. Dezember spülte – sage und schreibe – 460 Euro in unsere Kasse. Wir loben deshalb an dieser Stelle die gnadenlose Trinkfestigkeit unserer »Volunteers«. Dass die Tombola eigentlich viel schöner war als die CZ-Weihnachtsaktion, wird jede_r Gewinner_in bestätigen können. Und die Kombination aus Haute-Cousine Kürbissuppe & pop-proletarischem Käse-toast bieten wir angesichts des überwältigenden Erfolgs ab sofort als Catering-Service an (Preisliste bitte über unsere Mailadresse anfordern!)

Dass sich die »Wertschätzung« unseres Blattes zusätzlich in einigen Weihnachtsspenden ausdrückte, sei ebenfalls dankend erwähnt.

Was will Euch der Titel sagen? Wir erwähnten schon die Kürbissuppe. Der Kürbis war Teil einer Guerilla Gardening Aktion des Jahres 2012 in Celle. Wo die Polizei »klassischerweise« Pumpgums und Kleinwaffen präsentiert, bietet unsere Guerilla Pumpkins.

Wir eröffnen hiermit den Guerilla Gardening Contest 2013. Die Fotos von Aktionen lokaler Guerilla-Gruppen werden im November-Heft veröffentlicht & prämiert.

Und das Tocotronic-Zitat? Ach – einfach mal reinhören & bis denne – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Drohen Privatisierungen?

Volldampf für Personalabbau und Privatisierung? Alles sieht danach aus, dass der städtische Haushalt 2013 mit diesem Fahrplan am 14. Februar verabschiedet wird. Auf der Kommandobrücke: CDU, SPD, Bündnisgrüne, FDP und WG. Die ganz ganz große Koalition also. An den Zahlen wird zwar wohl gegenüber dem bestehenden Entwurf nichts geändert; aber es soll eine ergänzende Erklärung geben, die in allgemeiner Form Punkt für Punkt dem Kurs der CDU entspricht.

Was war und ist die Ausgangssituation? Die Stadt Celle hat einen Schuldenberg von rund 250 Millionen Euro. In den nächsten drei Jahren soll die investive Verschuldung um noch einmal um mindestens 26 Millionen Euro wachsen, womit die jährliche Zinslast um weitere 1,24 Millionen Euro steigt. Die Chancen zum Abbau der Schulden stehen schlecht. Denn seit 1999 weisen die Haushalte der Stadt Celle – mit Ausnahme der Jahre 2002 und 2008 – strukturelle Defizite aus. Das heißt: Es wird mehr ausgegeben, als eingenommen: Die Stadt steckt „*Knietief im Dispo*“, um mal einen Titel der Band *Fehlfarben* zu bemühen.

Zur Lösung dieser Misere gibt es drei Wege: 1.) Einnahmen verbessern, 2.) Ausgaben senken, 3.) Verzicht auf Investitionen (und damit Zinszahlungen).

Die CDU-Ratsfraktion hatte sich schon im Dezember auf einen scharfen neoliberalen Kurs festgelegt, festgeschrieben in einen so genannten »4-Punkte-Plan«: „1.) Erhöhung der Erträge aus Beteiligungen; 2.) Verringerung der lfd. Aufwendungen für Personal, Sachleistungen, Dienstleistungen, auch durch Betriebsausgliederungen; 3.) Fokussierung der Investitionen; 4.) Schuldenabbau durch Verkäufe und Betriebsausgliederungen.“ Zugespitzt bedeutet das nichts anderes als Privatisierung öffentlicher Leistungen, Personalabbau, Erhöhung der Mieten bei den Wohnungen der WBG und bei Wasser/Abwasser.

Hinter den Kulissen wurde schon während der Haushaltsberatungen im Dezember zwischen SPD, CDU und OB Mende eine gemeinsame Erklärung diskutiert, um die Zustimmung der CDU zum Haushalt zu sichern. Aber eine vergleichsweise seichte Erklärung, die nichtsdestotrotz klare Absichten zu Privatisierung und Stellenabbau erkennen ließ, wurde von der CDU kurz vor der Ratssitzung mit einigen konkreteren Eckdaten versehen, die für OB Mende zu weit gingen. Insbesondere schloss die CDU auch die Erhöhung der Gewerbesteuer aus. Der schöne Traum von einer großen Koalition war erst einmal zerplatzt. Und um mögliche Alternativen hatten sich weder die SPD noch Mende bemüht. (Aber dazu später.)

Was will eigentlich die SPD? Sie will zum einen eine Einnahmeverbesserung über die Erhöhung von Gewer-

be- und Grundsteuer. Zum andern aber hat sie ebenfalls Türen für Privatisierung und Stellenabbau geöffnet. Dies manifestiert sich in einigen Anträgen, die sie während der Haushaltsberatungen gestellt hat, z.B.: Die Verwaltung soll den Aufgabenbereich „Klärwerk und Kanalbetrieb“ dahingehend prüfen, „*ob private Investitionen im Rahmen einer Minderheitsbeteiligung einbezogen werden können.*“ Ein Investor aber will eine Rendite. Die lässt sich erzielen, indem entweder die Leistungen reduziert werden, Personal abgebaut wird – oder die Gebühren erhöht werden. Am besten alles zusammen. Da nutzt dann auch die Beschränkung auf eine Minderheitsbeteiligung wenig.

Und dass die SPD beim Stellenabbau nicht so zimperlich ist, wie sie tut, wurde in der Ratssitzung deutlich, als ihr Fraktionsvorsitzender Jürgen Rentsch mal eben die Streichung von zwei Stellen im Bomann-Museum forderte. (Im Übrigen ohne zu erklären, welche Arbeitsbereiche damit stillgelegt werden sollen.) Weiter wurde beantragt zu prüfen, ob im Bereich der freiwilligen Leistungen im Kultursektor 10 Prozent eingespart werden könnten. Und auch das bedeutet unterm Strich nichts anderes, als Arbeitsplätze „einzusparen“.



Sorgen für eine Mehrheit bei der Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuer, aber bekamen nichts: Oliver Müller und Behiye Uca von Die Linke/BSG

Werfen wir einen Blick auf die kleineren Fraktionen. Der FDP geht's um den Schutz ihrer Klientel, d.h. vor allem: keine Gewerbesteuererhöhung. Und wer die Einnahmen nicht verbessern will, muss beim Personal „sparen“. Die Unabhängigen sind offen für Privatisierungen, aber ihr Ziel liegt eher bei Einsparungen im investiven Bereich. Der Ausbau der Allerinsel ist ihnen ein Dorn im Auge; sie kämpfen gegen den Wegfall der kostenlosen Parkplätze und die Verlegung der Einrichtungen der Schützen. Immerhin: Sie sind auch nicht gefangen vom Ring-Mystizismus; ein Verzicht auf Nordwall und Neumarkt-Kreisel würde sie nicht zu Tränen rühren.

Und „links“ von der CDU? Die Wählergemeinschaft hat vor allem dadurch überrascht, dass sie der Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuer zugestimmt hat, also pragmatisch die Notwendigkeit von Einnahmeverbesserungen. Ihr war es zudem ein Anliegen, dass der Haushalt von außen unter die Lupe genommen wird. Das soll die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) in Köln machen, ein von den Kommunen gemeinsam getragenes „Entwicklungszentrum des kommunalen Managements“. Das ist nicht vergleichbar mit Unternehmensberatungen á la Roland Berger oder Kienbaum, aber ums Personal geht's auch da. – Bündnis '90/Die Grünen haben sich in den Haushaltsberatungen sehr zurückgehalten. Aber sie haben gegen den Appell ihrer Landtagskandidatin die Kita-Gebühren erhöht, die Gewerbesteuererhöhung mitgetragen und den Anstoß gegeben für die Erhöhung der Vergünstigungssteuer. Ihnen war zentral daran gelegen, die Einnahmesituation zu verbessern – und modellhaft für Land und Bund rot-grüne Einigkeit zu demonstrieren.

Bei der Fraktion Die Linke/BSG wird's dann spannend – denn hier kommen wir zu der Alternative: Sie hatte SPD, Bündnisgrünen, der WG und OB Mende (also jenen, die nichts gegen die Erhöhung der Gewerbesteuer hatten) vier Wochen vor der Dezember-Ratssitzung zum Haushalt ein Angebot vorgelegt: Die Linke/BSG würde zustimmen, wenn erstens das Investitionsprojekt Nordwall/Neumarkt gestrichen wird, zweitens ein beschlussfähiges Konzept für eine Klimaschutzagentur erarbeitet wird und drittens der Gewerbesteuerhebesatz bis 2015 um 30 Prozentpunkte auf 420 erhöht wird. Ergebnis: Keine Reaktion. Nachdem allerdings ihr Deal mit der CDU gescheitert war, beantragte die SPD in der Ratssitzung dann aber genau jene Erhöhung der Gewerbesteuer, die Die Linke/BSG vorgeschlagen hatte: Und siehe da, es fand sich eine Mehrheit aus SPD, Bündnisgrünen, WG und Die Linke/BSG.

Nachdem im Dezember kein Haushalt zustande gekommen war, machte Die Linke/BSG erneut einen Vorschlag: Sie würde sich enthalten – und so SPD, Bündnisgrünen und WG eine Mehrheitsoption eröffnen, wenn im Haushalt noch Mittel für ein Symposium, also eine Fachkonferenz zum Thema Nordwall/Neumarkt mit Verkehrs- und Stadtentwicklungsexpert_innen, eingestellt würden und so öffentlich die Sinnfrage für dieses

unsinnige Projekt gestellt wird. Und auch für die Klimaschutzagentur sollte weiter ein Konzept her.

Daraufhin fanden Gespräche statt und die SPD signalisierte eine ernsthafte Prüfung und Interesse. Auch die WG soll, wie wir hörten, grundsätzliche gegenüber einer solchen Haushalts-„Koalition“ offen gewesen sein. Einzig Bernd Zobel von Bündnis '90/Die Grünen soll sich „erpresst“ gefühlt und sich gegen den Vorschlag von Die Linke/BSG gestellt haben.

Die CDU war zwischenzeitlich auch nicht untätig geblieben. An der beschlossenen Gewerbesteuererhöhung konnte sie nichts mehr ändern. Um „im Spiel“ zu bleiben, legte sie Mitte Januar den anderen Ratsfraktionen eine in den Formulierungen weichgespülte Version der in der ersten Runde von Mende abgelehnten Erklärung vor, die nichtsdestotrotz an Privatisierung, Stellenabbau und Gewinnabschöpfung aus den städtischen Unternehmen festhält. Und sie setzte sich anscheinend mit allen ihren Vorstellungen durch; in der uns bekannten Version von Mitte Januar heißt es:

„Der Rat sieht vier Gebiete, auf denen schrittweise die erforderlichen Ergebnisverbesserungsmaßnahmen realisiert werden können:

- a.) Erhöhung der Erträge aus Tochter- und Beteiligungsgesellschaften*
- b.) Verringerung der laufenden Aufwendungen u.a. durch*
 - Strikte Stellenbewirtschaftung*
 - Einsparungen bei bezogenen Sach- und Dienstleistungen, Transfer- und sonstigen Aufwendungen*
 - Ausgliederung von selbst erbrachten Leistungen, Teilbetrieben oder Betrieben an private Betreiber*
- c.) Nachträgliche Fokussierung der bislang für 2013 bis 2016 geplanten Investitionen auf 70 bis 80 Mio. Euro*
- d.) Maßgeblicher Abbau der Verschuldung durch Verkäufe von Sach- und Finanzanlagevermögen sowie aus der Ausgliederung von Eigenleistungen und -betrieben.“*

Dass die SPD hier durchaus nicht etwas aufs Auge gedrückt bekommt, sondern sie in genau diese Richtung will, zeigt sich an einem Papier, mit dem eine Auftragsbeschreibung an die KGSt konkretisiert werden soll. Darin ist zu lesen:

„Die KGST soll im Rahmen der Untersuchung auch prüfen, in wie weit bislang von der Stadt erbrachte Leistungen, Teilbetriebe oder Betriebe an private Anbieter vergeben bzw. ausgegliedert werden können.“

Die Ratssitzung am 14. Februar 2013 könnte mit der Verabschiedung des Haushalts 2013 so zum Auftakt eines neoliberalen Privatisierungskurses werden, wie ihn die Stadt Celle unter alten CDU-Mehrheiten noch nicht erlebt hat. Dieses Mal mit fester Unterstützung durch Rot-Grün. Und um es noch einmal deutlich zu sagen: Es hätte eine Alternative gegeben im von der Fraktion Die Linke/BSG vorgeschlagenen Kurs, der mit der Streichung des Projekts Nordwall/Neumarkt einen wichtigen ersten Schritt gegen weitere Neuverschuldung bedeutet hätte.

„Gegen den Spuk der Zusammenarbeit“

Nicht viele werden es geglaubt haben, als sie das erste Mal hörten, dass Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende sich mit der Bitte an Ministerpräsident McAllister gewandt habe, den „Spuk der Zusammenarbeit“ zwischen CDU und Linken in Celle zu beenden. Für die Cellesche Zeitung kommentierte Michael Ende bissig diese „Linke Tour“. (CZ, 15.01.2013)

Da uns der Brief schließlich auch „zugespielt“ wurde, wollen wir unseren Leser_innen den fragwürdigen Genuss nicht ersparen. Wir schenken uns an dieser Stelle jeden Spott, wollen aber doch auf Folgendes hinweisen:

1.) Am Unvermögen der Stadtverwaltung, die Voraussetzungen zur Umsetzung der Ziel-1-Fördermittel für Maßnahmen am Neumarkt herzustellen bzw. einen Förderbescheid richtig zu bewerten, soll jetzt der Rat Schuld sein? Das ist eine kuriose Verdrehung. Was CDU, FDP, Unabhängige und Die Linke/BSG im Rat verhindert haben, war eine eigenmächtige Umstrukturierungsmaßnahme der Verwaltung durch den Oberbürgermeister, die ihm die Kommunalaufsicht in der grundlegenden Frage auch nicht gestattete. Und dass er für die damit einhergehende „Entmachtung“ des Rates keine ungeteilte Zustimmung bekam, ist im demokratischen Prozess eigentlich eher zu erwarten.

2.) Von einem „Schulterschluss“ zu sprechen, wo CDU und Die Linke/BSG aus gänzlich unterschiedlichen Gründen den vorgelegten Haushalt ablehnen, ist einigermaßen frech. Die Ablehnung eines Haushalts als „Verhinderung und Blockade“ zu kennzeichnen, kann nur verwundern. Warum sollten Fraktionen einem Haushalt zustimmen, in dem sich ihre Forderungen und Vorstellungen nicht wiederfinden. Im politischen Prozess geht es dann in der Regel eben darum, Mehrheiten durch Kompromisse herzustellen.

3.) Von einem Ministerpräsidenten (Mende hat McAllister nicht als CDU-Vorsitzenden angeschrieben) zu erwarten, eine CDU-Ratsfraktion in ihrer Unabhängigkeit zu beschneiden, zeigt ein Verständnis von verfassungsmäßigen Organen, dass aufrechten Demokrat_innen die Haare zu Berge stehen lassen sollte.

So gesehen ist das alles überhaupt nicht lustig – und wir alle wissen: Hätte es Biermann gemacht, wäre er von der Celler SPD zum Rücktritt aufgefordert worden.

Celle, den 11.01.2013

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident McAllister,

Sie haben in der gestrigen Sendung des NDR im Rahmen des „TV-Duells“ eine Kooperation und Zusammenarbeit der CDU mit der Linkspartei ausdrücklich ausgeschlossen. Dafür danke ich Ihnen. Leider ist diese Aussage in ihrer Umfänglichkeit zumindest für die kommunale Ebene nicht zutreffend.

Vor Ort in Celle kann ich durchaus eine Zusammenarbeit Ihrer Partei mit der Linkspartei feststellen. Auch schade ist es, dass es sich bei dieser Zusammenarbeit inhaltlich um Verhinderung und Blockade von Entscheidungen handelt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang nur zwei Beispiele benennen. Zusammen mit den Linken wurde versucht, notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen der Verwaltung aufzuhalten. Die mangelnde Entlastung des zuständigen Dezernenten hat jetzt im Ergebnis dazu geführt, dass Fördergelder in Höhe von 4,5 Mio. Euro an das Land Niedersachsen zurückgezahlt werden müssen. Dieses wird nicht nur von mir, sondern auch von den Fraktionen der CDU und SPD in der Konsequenz sehr bedauert.

Einen weiteren „Schulterschluss“ zwischen CDU und Linken durfte ich am 20. Dezember des letzten Jahres erleben. Gemeinsam wurde der vorher dezidiert beratene Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 abgelehnt. Die Folgen der Verzögerung durch die vorläufige Haushaltsführung werden auch für die Bevölkerung leider negative Auswirkungen haben.

Nun habe ich die Hoffnung, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, dass Sie nach Ihrer klaren gestrigen Ansage diesen „Spuk der Zusammenarbeit“ zwischen CDU und Linken auch in Celle beenden werden.

So werden Sie in unnötiger Weise im Wahlkampf desavouiert und Ihre Aussage, dass die CDU mit den Linken nicht kooperiere, konterkariert. Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihre Glaubwürdigkeit in diesem Punkt erhalten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk-Ulrich Mende



Nach der Wahl folgt der Alltag

Mit hauchdünnem Vorsprung gewann Rot/Grün die Landtagswahlen in Niedersachsen. SPD und die Grünen haben im Leineschloss von Hannover nun einen Abgeordneten mehr als CDU und FDP. Stephan Weil von der SPD wird neuer Ministerpräsident. Zu den Ergebnissen einige Anmerkungen bzw. Überlegungen:

1.) Mit das erfreulichste Ergebnis der Landtagswahl ist das Abschneiden der faschistischen NPD: Mit 0,8 % der Stimmen (2008 waren es noch 1,5 %) erlebte sie eine fette Bauchlandung. Sie erhält damit auch keine staatliche Parteienteilfinanzierung. Auch in Celle halbierte sich das NPD-Ergebnis. Erneut gelang es der NPD nicht, die weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitete Ausländerfeindlichkeit auf ihre Mühlen zu lenken. – Das zweiterfreulichste Ergebnis: Der Abschiebeminister Schünemann verliert nicht allein seinen Ministersessel, sondern auch sein Abgeordnetenmandat.



2.) 59,4 % der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl. Umgekehrt heißt das auch, dass 40 % keine 15 Minuten opfern wollten, weil ... na ja ... keinen Bock; gibt doch eh kaum Unterschiede; wenn Wahlen entscheidend was ändern würden, wären sie verboten; habe ich glatt verpennt usw.

3.) Die SPD kam – für ihre Verhältnisse – nur auf 32,6 % der gültigen Stimmen. Ihr Kanzlerkandidat Peer Steinbrück erwies sich dabei als Klotz am Bein der SPD. Erfolgreich hat sich dieser bisher als einer der Großkopfer dargestellt.

4.) Die Grünen steigerten ihr Ergebnis von 2008 (8 %) erheblich und kamen auf stolze 13,7 %. Sie werden in der neuen Landesregierung ein starkes Gewicht haben. Wie die Grünen – bei der SPD ist das ähnlich – als Kriegspartei (z.B. in Afghanistan, Somalia oder Kosovo) und mitverantwortlich für Hartz IV und Niedriglohn auf solche Ergebnisse kommen, nötigt allen Respekt ab. Da muss frau/man schon den Hut ziehen.

5.) Das bürgerliche Lager aus CDU und FDP erzielte 2008 zusammen fette 50,7 % der Stimmen, diesmal waren es noch 45,9 % – und das reichte eben nicht. Die FDP zog sich mit einer erfolgreichen Leihstimmen-Kampagne aus dem Sumpf. Ca. 80 % ihrer Zweitstimmen kommen von der CDU. Ohne diese wäre die FDP bei gut 2 % gelandet. Aber das bürgerliche Lager sorgt halt für einander. Da geht es im linken Lager etwas anders zu.

6.) In den beiden Celler Wahlkreisen gewann die CDU souverän über die Erststimmen beide Direktmandate. Damit ziehen Thomas Adasch und Ernst-Ingolf Angermann als Abgeordnete in den Landtag; abgesichert über die Landesliste kommen zudem Maximilian Schmidt von der SPD und Jörg Bode von der FDP in den Landtag.

7.) Die Piraten und die Linke scheiterten deutlich an der 5 % - Klausel. Der Hype um die Piraten-Kogge, vor allem in den Medien, scheint damit erst mal vorbei zu sein. Die Linke verlor mehr als die Hälfte ihrer Stimmen von 2008. Ein äußerst schmerzhaftes Ergebnis. Leihstimmen von SPD und Grünen scheinen undenkbar. Im Gegenteil: Geht es eng zu zwischen CDU/FDP auf der einen Seite und SPD/GRÜNE auf der anderen Seite, wird die Linke zerrieben – zumindest im Westen der Republik. Ist die SPD in der Opposition, blinkt sie wie so oft ein bisschen nach links, allerdings nicht zu sehr – siehe Mindestlohn oder leichte Änderungen bei der Rente mit 67 Jahren – und schon sitzt die Linke auf einer Sandbank – zumindest im Westen.

8.) Die Celler Linke ist im Wahlkampf mit Plakaten und Veranstaltungen wenig aufgefallen. Sie wird wahr-

Landtagswahlkreis 46 - Celle				
	in %	absolut	in %	absolut
	2013	2013	2008	2008
CDU	35,1	13256	44,8	15915
SPD	30,3	11454	27,0	9612
FDP	13,3	5045	10,2	3612
Grüne	12,3	4641	6,9	2441
Linke	3,3	1244	6,4	2259
NPD	1,3		2,5	890
Wahlbe.		68678		69405
Gült. St.	55,8	37816	51,9	36033
Ungült.	1,4	539	1,4	494

genommen über ihre kleine Ratsfraktion (zusammen mit der BSG) und durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, aber ansonsten ... Selbst über ihre Veranstaltung mit Oskar Lafontaine gab es bei »Celle Heute« keine Zeile über den Verlauf. Ebenso ist ihr Einfluss, ihre Sympathien bei der jüngeren Generation gering. Tut sich da in den nächsten Jahren nichts, sieht es finster aus.

9.) Die großen Fragen dieser Gesellschaft stehen auch nach dieser Wahl weiter im Raum: der sich vollziehende Klimawandel und die fehlenden Antworten bzw. Taten; Frieden oder Krieg; ein Lohn, von dem frau/man auch leben kann; die Behandlung von Flüchtlingen und Migrant_innen; eine andere Landwirtschaft; die Probleme der Sozialversicherungen. Da können sich Gewinner und Verlierer dieser Wahl noch reichlich austoben oder sich auch neu aufstellen.



Demo gegen NPD-Auftritt

Die Celler Parteien (Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP, Freie Wähler, Piratenpartei und SPD, Reihenfolge ist keine Rangliste nach Engagement gegen Rechts sondern alphabetisch) haben sich auf ein Plakat geeinigt, das die Aussage hat „Im Landtag ist viel Platz für Meinungen aber kein Platz für Nazis“ trägt. Federführend für diese Aktion waren die Celler Grünen. Ca. 40 Exemplare wurden davon aufgehängt, zwei Stück vor dem Tattoo Laden, der seit über einem Jahr in der Hannoverischen Straße von zwei Personen der Rechten Szene



Landtagswahlkreis 45 - Bergen				
	in %	absolut	in %	absolut
	2013	2013	2008	2008
CDU	40,8	17294	48,9	19411
SPD	29,4	12438	25,6	10171
FDP	12,2	5162	9,2	3637
Grüne	10,0	4253	5,6	2225
Linke	2,3	979	5,8	2286
NPD	1,0		2,4	945
Wahlbe.		70509		71134
Gült. St.	60,8	42368	56,5	40205
Ungült.	1,3	531	1,5	541

– Janice Kaufmann und Christian Heidel (sh revista nr. 62) – betrieben wird. Die Plakate hingen dort vom 16.01. bis zum Wahlwochenende, am 19.01. Abends waren sie heruntergerissen.

Gleichzeitig haben die Plakate scheinbar zur Demo gegen die NPD-Kundgebung mobilisiert.

Jedenfalls waren mehr Vertreter_innen von Parteien auf der Anti-Nazi-Demo, als sonst üblich. Oder lag es vielleicht doch daran, dass es ein Tag vor der Landtagswahl war und sich die Prominenz so noch einmal schnell am Führungstransparent ablichten lassen wollte?

Aber es hätten ja auch mehr Leute vom Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, das die Demo angemeldet hat, ihr Transparent tragen können und sich nicht in die hinteren Reihen verkrümmeln müssen.

Der Vertreter der IG Metalljugend machte in seiner kurzen Ansprache gleich klar, dass es keine Wahlveranstaltung ist, sondern dass es darum geht, gemeinsam gegen Nazis zu protestieren.

Insgesamt war die Demo ein Erfolg. 350 Leute kamen zusammen und versuchten, mit Pfeifen, Gesang, Musikanlage und lauten Nazis-Rausrufen die NPD-Hassreden zu übertönen. Das ist für die Kürze der Zeit, die zur Bekanntmachung der Protestveranstaltung blieb, eine Menge. Und es ist – wenn wir mal über die Landkreisgrenzen schauen – auch ein Erfolg, dass überall, wo die NPD in Niedersachsen ihre Kundgebungen abhielt, Protest lautstark zu hören: NPD versenken!!



Nahezu der einzige Kundgebungsteilnehmer:
Joachim Nahtz aus Eschede

Päckchen statt Paket?

Als „Erfolgsgeschichte“ sieht der Landkreis Celle die Entwicklung der Inanspruchnahme des »Bildungs- und Teilhabepaketes« (BuT) für Kinder und Jugendliche. Zwischen 75 und 80 % der Anspruchsberechtigten hätten im Landkreis Celle inzwischen Leistungen beantragt. Damit stünde der Landkreis im bundesweiten Vergleich wohl an der Spitze – nur: ein Faktencheck weist diese Zahlen bei genauerer Sicht als Übertreibung aus.

Das BuT war zum 1. April 2011 in Ergänzung zu Leistungen im SGB II (Hartz IV) und anderen Rechtskreisen (Kinderzuschlag, Wohngeldbezug, SGB XII und AsylbLG) von der Bundesregierung in Kraft gesetzt worden. Nötig geworden war dies, weil das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze für Kinder zu niedrig fand, der Zweck: die Bildungs- und Teilhabechancen zu vergrößern. Obwohl das Gesetz jetzt fast zwei Jahre in Kraft ist, gibt es keine belastbaren statistischen Auswertungen. Die Kritik von Sozialverbänden war von Beginn an gravierend. Ein Beispiel: Im Juni vergangenen Jahres lud die Kinderkommission des Deutschen Bundestags mit Prof. Dr. Anna Lenze, Sozialrechtlerin an der Hochschule Darmstadt, und Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, zwei Expert_innen. Beide sahen das größte Problem einhellig in der Tatsache, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes nur für knapp die Hälfte der leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen abgerufen werden.

Kulturelle Teilhabegerechtigkeit würde überhaupt nicht hergestellt, denn für diesen Leistungsbereich werden nach einer Untersuchung des DGB nur für 21 % der berechtigten Kinder- und Jugendlichen in städtischen Räumen und nur für 14 % in ländlichen Räumen Anträge gestellt. Was das durch die UN-Kinderrechtskonvention abgesicherte Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben betrifft, komme der Staat seiner gesetzlichen Leistungspflicht somit kaum nach: „Für die absolute Mehrheit der Kinder bleibt der Bedarf an Persönlichkeitsentwicklung ungedeckt“, so Lenze. Verfassungsrechtlich bedenklich sei außerdem, dass Teilhabedarfe nur da anerkannt und die vorgesehenen 10 Euro entsprechend ausgezahlt werden, wo Angebote vorhanden seien. „Wo nichts ist, da ist auch kein Anspruch“, monierte Lenze. Damit werde der Gleichbehandlungsgrundsatz aufgehoben und Kinder würden in ihren kulturellen Teilhabemöglichkeiten unzulässig benachteiligt. Abgesehen davon seien 10 Euro für soziale und kulturelle Teilhabe nicht bedarfsdeckend.

Und da soll gerade der Landkreis Celle die glorreiche Ausnahme bilden? Auf eine Anfrage der Kreistagsabgeordneten Behiye Uca (Die Linke) hin antwortete die Kreisverwaltung: „Insgesamt gibt es derzeit rund 7.000

anspruchsberechtigte Kinder im Landkreis Celle. Für ca. 5.700 dieser Kinder wurde bereits mindestens einmal ein Antrag auf Leistungen für Bildung und Teilhabe gestellt. Das entspricht einer Inanspruchnahme von knapp über 80 %.“

Mit der der Beantwortung der Anfrage beigefügten Anlage allerdings lässt sich diese positive Bilanz kaum belegen:

Im Dezember 2011 wurden für 3.117 Kinder und Jugendliche Leistungen gewährt. Der Anteil an den potenziell Anspruchsberechtigten liegt damit – laut tabellarischer Angabe des Kreises – bei 44,53 Prozent. Im Juni 2012 stieg die Zahl nur geringfügig auf 3.166 Kinder und Jugendliche, bei einem prozentualen Anteil von 45,23 der Leistungsberechtigten. Auch wenn der Landkreis dies bestreitet: Es dürfte sich im wesentlichen um dieselben Leistungsempfänger_innen halten. Denn selbstverständlich werden die Leistungen im Jahr 2012 doch wieder von jenen beantragt, die dies auch 2011 schon gemacht haben. (Ohne Antrag gewährt werden die Leistungen für den »Schulbedarf«; sie sind deshalb nicht Bestandteil der Erfassung).

Die Frage ist, wie diese mit den 5.700 »Leistungsakten« zusammenpasst. Auskunft über die Zahl abgelehnter Anträge vermag der Kreis übrigens nicht zu geben.

Etlche Leistungen des BuT sind nicht neu, d.h. sie wurden vorher schon in anderer Form gewährt – das betrifft den »persönlichen Schulbedarf« (100 Euro pro Schuljahr), die Erstattung von Kosten für »Klassenfahrten« und die »Schülerbeförderung«; auch für »Schulausflüge« und »Mittagsverpflegung« gab es Regelungen. Wirklich neu sind einzig »Lernförderung« und »Teilhabe« eingeführt worden.

In seiner Antwort listet der Kreis auf, wie viel jeweils für die einzelnen Teilbereiche in 2011 und 2012 ausgegeben wurde; die Zahlen in EUR – die %-Angaben beziehen sich auf die jeweilige Gesamtsumme:

	2011	in %	2012	in %
Schulbedarf	255271	35%	393779	35%
Mitt.-verpflegung	206173	29%	190144	17%
Klassenfahrten	177706	25%	208311	18%
Lernförderung	19768	3%	171373	15%
Teilhabe	33937	5%	97319	9%
Sch.-beförderung	18557	3%	48418	4%
Schulausflüge	9976	1%	17332	2%
Summe	721392		1126678	

Im ersten Jahr wurden nur 8 % der Leistungen für »Lernförderung« und »Teilhabe« ausgegeben, zusammen rund 54.000 Euro – in den ersten neun Monaten nach Einführung des Gesetzes hat die Landkreisverwaltung es ganz offensichtlich nicht verstanden, die Leistungen an die Berechtigten zu bringen. Die Steigerung von 2011 auf 2012 ist dann allerdings beachtlich: 24 % der Gesamtsumme wurden für die beiden neuen Leistungen verausgabt, zusammen rund 270.000 Euro.

Dass die Landkreisverwaltung sich die Umsetzung schönredet, wird mit Blick auf das Gesamtpaket deutlich: Celler Haushalte standen im Jahr 2011 Haushaltsmittel für die Leistungen des BuT in Höhe von 1,494 Mio. Euro zur Verfügung; davon wurden 721.392 Euro für die Zweckausgaben des BuT verausgabt und die restlichen Mittel in das Jahr 2012 übertragen. Dort wurde es nicht für Zwecke des BuT ausgegeben, sondern für Schulsozialarbeit und ähnliches verplant. Im Jahr 2011 konnten also nicht einmal die Hälfte der Mittel an potenzielle Leistungsempfänger_innen weitergegeben werden. Die Steigerung im Jahr 2012 auf 1,127 Mio. Euro ist allerdings eine beachtliche Steigerung.

Die Antwort der Landkreisverwaltung auf die detaillierte Anfrage von Behiye Uca ist dokumentiert auf der website www.linke-bsg.de; wer sie genauer analysiert, muss feststellen, dass die Verwaltung zu vielen wichtigen Fragen und Aspekten keine Antworten zu geben weiß – und so ist vielleicht nicht verwunderlich, dass an einer fachgerechten Umsetzung des BuT gerade hinsichtlich »Teilhabe« und »Lernförderung« gezweifelt werden kann.

Nachhilfe? – Geiz ist geil

Fraglos die wichtigste Ergänzung im Rahmen des BuT-Pakets ist die Erstattung von Kosten für Nachhilfeunterricht. Auch wenn die Kreisverwaltung sich im Dezember nicht in der Lage zeigte zu sagen, in wie vielen Fällen dieses Angebot in Anspruch genommen wurde – die gut 170.000 Euro die im Jahr 2012 dafür geflossen sind, weisen in die richtige Richtung.

Kein einziges Mal hat die Verwaltung in der Presse auf die Möglichkeiten dieser Unterstützung hingewiesen und spärlichere Hinweise als auf der Internetseite des Landkreises Celle dürfte man/frau wohl in der gesamten Republik nicht finden. Um so wirksamer dürfte die Schlagzeile „Missbrauch beim Bildungspaket“ sein, mit der die CZ am 3. Januar die Lokalseite aufmachte. Die Verwaltung bemüht den Begriff „Wildwuchs“ und meint damit Preise von über 25 Euro in der Stunde. Der Sozialamtsleiter Ralf Schumann nennt einen Preis von 45 Euro gegenüber der CZ „schlicht unverschämt“. Die Konsequenz: Die Verwaltung hat der Politik vorgeschlagen, künftig bei Einzelunterricht höchsten noch 25 Euro für die Zeitstunden – und das auch nur bei durch Lehrer_innen erteilten Unterricht zu zahlen. Bei Stu-

Das ist drin im Bildungspaket

Teilhabe:

Bedürftige Kinder sollen in der Freizeit nicht ausgeschlossen sein, sondern bei Sport, Spiel oder Kultur mitmachen. Deswegen wird zum Beispiel der Beitrag für den Sportverein oder für die Musikschule in Höhe von monatlich bis zu 10 Euro übernommen.

Schulbedarf:

Damit bedürftige Kinder mit den nötigen Lernmaterialien ausgestattet sind, wird ihnen zweimal jährlich ein Zuschuss überwiesen – zu Beginn des Schuljahres 70 Euro und zum zweiten Halbjahr 30 Euro.

Schülerbeförderung:

Insbesondere wer eine weiterführende Schule besucht, hat oft einen weiten Schulweg. Sind die Beförderungskosten erforderlich und werden sie nicht anderweitig übernommen, werden diese Ausgaben erstattet.

Lernförderung:

Bedürftige Schülerinnen und Schüler können Lernförderung in Anspruch nehmen, wenn nur dadurch das Lernziel – in der Regel die Versetzung in die nächste Klasse – erreicht werden kann. Voraussetzung ist, dass die Schule den Bedarf bestätigt.

Mittagessen in Kita, Schule und Hort:

Einen Zuschuss fürs gemeinsame Mittagessen gibt es dann, wenn Kita, Schule oder Hort ein entsprechendes Angebot bereithalten. Der verbleibende Eigenanteil der Eltern liegt bei einem Euro pro Tag.

Tagesausflüge und Klassenfahrten:

Eintägige Ausflüge in Schulen und Kitas werden zusätzlich finanziert. Die Kosten mehrtägiger Klassenfahrten werden erstattet.

dent_innen dürfen es noch 15 Euro, bei Schüler_innen gerade mal noch 10 Euro sein. Der vertraulich tagende Kreissauschuss hat dieser Neuregelung wahrscheinlich im Dezember schon zugestimmt (der CZ war dies nicht zu entnehmen). Dem Landkreis dürfte es künftig schwer fallen, noch einen einzigen Handwerksauftrag zu vergeben, denn unter 45 Euro geht da gar nichts – aber bei der »Bildung« zählt scheinbar die Losung »Geiz ist geil«.

Weiter schränkt der Landkreis die Lernförderung insgesamt ein: Die Schule soll künftig nach sechs Monaten eine Bewertung abgeben; hält sie weitere Nachhilfe für „ineffektiv“ wird die Zahlung eingestellt. Die zynische Begründung der Verwaltung, die sich die Politik zu eigen machte: Es sei „nicht Aufgabe der Grundsicherung [...], eine nicht 'nachhaltige' Versetzung durch Mittel für Lernförderung zu unterstützen, durch welche Schüler/innen in der nächsten Klassenstufe überfordert werden und erneuter Bedarf entsteht, der durch die aus pädagogischer Sicht eigentlich angezeigte Wiederholung der Klassenstufe vermeidbar gewesen wäre. Gleiches gilt bei einem drohenden Wechsel der Schulform 'nach unten'.“

Schluss mit der Gutscheinpraxis?

Flüchtlingsinitiativen erfolgreich

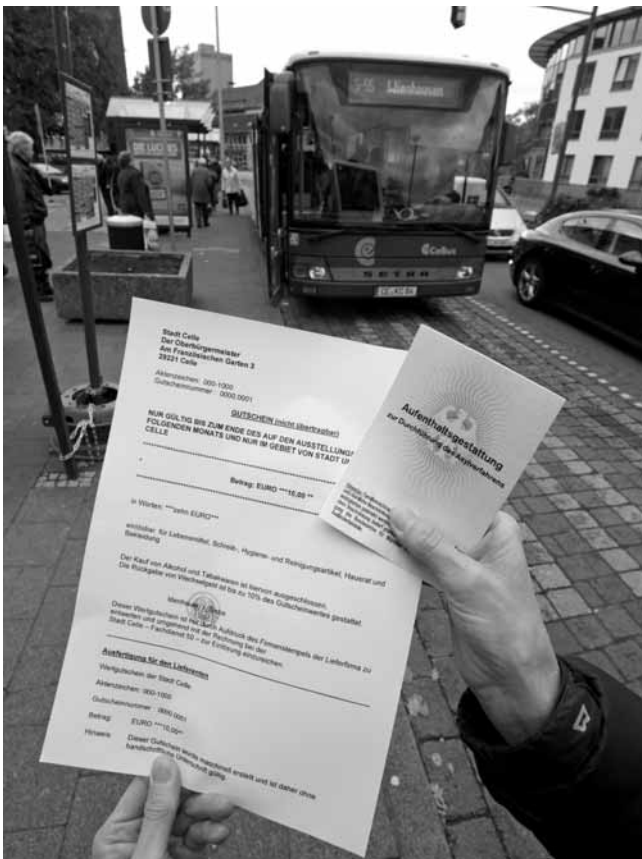
Seit Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) im Jahr 1993 erhalten geduldete Flüchtlinge den größten Teil ihrer Leistungen in Gutscheinform. Damit ist es unmöglich, z.B. Medikamente in Apotheken, Busfahrtscheine in Bussen, Briefmarken oder ein Eis in der Eisdiele zu kaufen. Im Dezember hat ein Beschluss des Sozialgerichts Hildesheim diese Praxis in Frage gestellt und auch das niedersächsische Innenministerium hatte sich kurzzeitig von seinem Standpunkt zurückgezogen, dass diese Praxis unabdingbar sei und den Kommunen freigestellt, wie sie verfahren wollen.

Wir sprachen mit der Vertreterin einer Celler Gutscheintauschinitiative.

?: Werdet ihr jetzt „arbeitslos“? Erzähl’ mal, was ihr bisher in Celle gemacht habt?

!: Seit Jahren gibt es einige solidarische Menschen, die einen Teil der Gutscheine, die Flüchtlinge erhalten, in Bargeld tauschen. Weil wir das mehr oder weniger illegal machen müssen, haben wir immer nur einen Teil der Flüchtlinge, vielleicht 10-20 Prozent, erreicht und so ihre Situation erleichtern können. Ich hoffe tatsächlich, dass wir endlich „arbeitslos“ werden und die diskriminierende Praxis ein Ende hat.

?: Was hat sich geändert, dass dich darauf hoffen lässt?



!: Am 12. Dezember 2012 hat das Sozialgericht Hildesheim einen Beschluss gefasst, wonach die Nachzahlungsbeträge, die auf die Grundleistungen nach dem AsylbLG zur Sicherung des Existenzminimums entfallen, in Form von Bargeld zu gewähren sind. Das Bundesverfassungsgericht hatte ja entschieden, dass die Leistungen, die seit Einführung des Gesetzes im Jahr 1993 nie angepasst wurden, verfassungswidrig sind – also viel zu niedrig. Nebenbei: Auch unter den sieben Jahren Schröder-Fischer-Regierung gab es keinerlei Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten. Und nach dem BVG-Urteil gab es Nachzahlungen, die die Kommunen wieder nur in Gutscheinform auszahlen wollten. Und da hat das SG Hildesheim gesagt: Schluss. So geht es nicht. Daraufhin hat das niedersächsische Innenministerium in einer Pressemitteilung verlauten lassen, dass es im alleinigen Ermessen der Kommunen stehe, inwieweit nunmehr auch die Regelleistungen nach dem AsylbLG ausschließlich in Bargeld ausgezahlt werden können. Ein paar Tage später gab’s aber wieder eine Kehrtwende: Schönemann untersagte der Stadt Göttingen die Abschaffung der Gutscheinpraxis. Doch Ende Februar steht eine neue Entscheidung des SG Hildesheim an – Tendenz: Gutscheine sind rechtswidrig.

?: Warum hat das Land deiner Auffassung nach diese Linie verfolgt?

!: Begründet wurde dies bisher damit, dass Gutscheine im Vergleich zu Bargeld „eine verminderte Anreizwirkung“ für Flüchtlinge zur Einreise und zum Verbleib haben. Das bedeutet: Die diskriminierende Funktion des Gutscheinsystems war politisch gewollt, sie soll Flüchtlinge abschrecken, hierher zu kommen. Denn die Ausgabe von Gutscheinen bedeutet Bevormundung, Demütigung und Stigmatisierung. Aus Sicht von Flüchtlingsinitiativen werden so die Grundrechte von Flüchtlingen verletzt, insbesondere das Recht auf ein soziokulturelles Existenzminimum und das Grundrecht auf Wahrung der Menschenwürde.

?: Kannst du das durch die Erfahrungen beim Gutscheintausch bestätigen?

!: Ja klar. Wir hatten in den letzten Jahren immer Menschen dabei, die keinen einzigen Cent Bargeld bekommen haben. Und das auch in Familien mit Kindern. Wer mal mit Gutscheinen hat einkaufen müssen, weiß, wie diskriminierend das ist. Die Leute müssen beim Einkauf immer im Einzelnen zusammenrechnen, wie viel die Sachen wert sind, die sie in ihren Einkaufswagen tun. Denn an der Kasse gibt’s Rückgeld nur auf 10 % der Einkaufssumme. Das heißt: Wenn du zwei 10-Euro-Gutscheine hast, musst du zusehen, dass du möglichst zwischen 18 und 20 Euro einkaufst. Wenn’s dann 17,20 Euro sind, kriegst du nur zwei Euro raus und schenkst

den Rest der Stadt Celle. Das ist total nervig. Und selbstverständlich ist es auch an der Kasse diskriminierend, nicht mit Bargeld oder Karte zahlen zu können, sondern mit diesen Din A4-großen Zetteln. Manchmal wissen die Kassierer und Kassiererinnen nicht, wie sie damit umgehen sollen und rufen ihre Kolleginnen dazu. Dann bildet sich eine Schlange und man hat das Gefühl, alle starren dich an. Deshalb an dieser Stelle ein Dankeschön an alle, die Gutscheine genommen haben, denn sie haben sich damit der Alltagssituation von Flüchtlingen ausgesetzt. Ich kann ihnen hier versichern, welche große Hilfe sie damit gerade für die Flüchtlinge mit Kindern geleistet haben. Das war praktische Solidarität. Aber auch diejenigen, die die Gutscheine genommen haben, werden froh sein, wenn dies ein Ende hat.

?: Vor sechs Jahren hatte der „Arbeitskreis Ausländer“ mit einer Kampagne versucht, diese Situation zu skandalisieren. Wir haben damals berichtet, aber uns – zugegeben – anschließend nicht um den Fortgang gekümmert. Hatte sich durch die Kampagne etwas geändert?

!: Das hatte schon Druck aufgebaut, aber die Stadt hat sich immer darauf zurückgezogen, dass Schünemann die Abschaffung der Gutscheinpraxis nicht zulässt. Trotzdem lässt sich vielleicht eins sagen: Soweit ich weiß, hat der Sozialdezernent Kassel immer dann, wenn ihm mitgeteilt wurde, dass sich zum Beispiel Discounter weigern, überhaupt Rückgeld auszuzahlen, interveniert und sie auf die Rechtslage hingewiesen. Trotzdem war die Stadt nie so „mutig“, einfach mal gegen Schünemanns Anordnungen zu handeln. Dabei hätten sie sogar ein eigenes Interesse gehabt, denn selbstverständlich ist die Gutscheinpraxis nicht nur diskriminierend, sondern auch für die Verwaltung kostenaufwändiger als eine Bargeldauszahlung oder Überweisung. Es bedeutet nicht nur bei der Ausgabe, sondern auch bei der Abrechnung zusätzliche Arbeit. Das betrifft – nebenbei gesagt – auch die Läden, die Gutscheine annehmen und dann mit der Stadt abrechnen müssen.

?: Was lässt dich hoffen, dass dieser institutionelle Rassismus jetzt tatsächlich an sein Ende kommt?

!: Ich denke, dass die Gerichtsentscheidungen bald nicht mehr hintergebar sind. Wenn Oberbürgermeister Mende und Sozialdezernent Kassel trotzdem weitermachen wollen mit der Gutscheinpraxis, dann wäre das eine menschliche Bankrotterklärung.

?: Aber muss nicht der Rat entscheiden?

!: Ich denke, dass es sich um eine Entscheidung handelt, die die Verwaltungsspitze auch ohne Rat treffen kann. Aber: Die Fraktion Die Linke/BSG hat schon im Dezember entsprechende Anträge gestellt. Das hat den Vorteil, dass sich die Verwaltung nicht vor einer Entscheidung drücken kann. Und ich würde jetzt sogar auf einen positiven Ratsbeschluss hoffen, denn die Fraktionen, die sich als große Sparer ausgeben, können nicht ernsthaft an einer für die Verwaltung kostenaufwändigeren Variante festhalten wollen.



?: Die Fraktion Die Linke/BSG hat ja noch einen weiteren Antrag gestellt bezüglich der Kürzungen der Leistungen. Kannst du uns dazu etwas sagen?

!: Ja. Das betrifft eine weitere Schweinerei. Die Stadt – wie auch viele andere Kommunen – kürzt die Leistungen bei denjenigen Flüchtlingen, die sich weigern, bei der Passbeschaffung mitzuhelfen. Dabei werden dann noch die wenigen Barleistungen weggekürzt, auf die es normalerweise einen Anspruch gibt. Der Zusammenhang ist so: Abgeschoben werden kann nur, wer einen Pass von seinem Herkunftsland hat. Es gibt also einen guten Grund für alle, deren Fluchtgründe nicht anerkannt wurden, an dieser Passbeschaffung nicht mitzuwirken. Jetzt gab's aber ebenfalls im Dezember einen Beschluss des Sozialgerichts Lüneburg, dass diese Kürzungen verfassungswidrig sind, weil sie das Existenzminimum angreifen. Dieser Beschluss erging im Übrigen gegen die Stadt Celle. Daraufhin hat die Fraktion Die Linke/BSG beantragt, dies anzuerkennen und die Gültigkeit für alle Betroffenen umzusetzen. Ich hoffe, dass die Stadtverwaltung auch da Konsequenzen aus dem Sozialgerichtsbeschluss zieht.

?: Was ist, wenn das alles nicht so klappt, wie du es jetzt erwartest?

!: Ich denke, dann können wir den Rassismus des Gutscheinsystems nur noch bekämpfen, indem wir öffentlich und direkt vor dem Rathaus am Tag der Ausgabe anbieten, jeden einzelnen Gutschein in Bargeld umzutauschen. Dafür werden sich dann in Celle genug solidarische Menschen finden. Da bin ich sicher.

?: Das klingt nach einer Kampfansage.

!: Ja. Ich hab's satt. Wenn's bis zum Mai keine Änderung gibt, stehen wir am Donnerstag vor Ostern vorm Rathaus und tauschen jeden einzelnen Gutschein in Bargeld.

Fotos: Der Arbeitskreis „Ausländer in Celle“ hat im Rahmen seiner Kampagne gegen Gutscheine ein paar Fotos gemacht, die Beispiele zeigen für die rassistische Ausgrenzung von Flüchtlingen (hier keine Busfahrkarte und keine Medikamente in der Apotheke).



Law & Order-Räte

Ortsräte werden ja für sinnvoll erachtet, weil sie den Sorgen und Nöten der Bürger_innen doch so nah seien. Ein Beispiel lieferte der Ortsrat Hehlentor im November, als einträchtig gefordert wurde, dass nun aber mal Schluss sein müsse mit den grölenden Cliques, die auf dem stillgelegten Friedhof an der Ecke Lüneburger Straße nicht Besseres zu tun hätten, als Wodka zu trinken. Nebenbei – so war in der Ortsratsitzung zu erfahren – hinterließen sie Müll und Exkremate und führten unangeleint Kampfhunde bei sich, die keine Maulkörbe trügen. Also praktisch die Bronx. Da müsse was geschehen (CDU) - und weil man sich mit diesem Zustand nicht abfinden wolle (Grüne), plädiert man für mehr Kontrollen (SPD). Und die Verwaltung macht in einem solchen Fall, was sie immer macht: Sie setzt die Bänke um, an denen sich die „Störenfriede“ (CZ) aufhalten. Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich können trinkende Männerhorden nerven, weshalb wir im übrigen den Schützenplatz genau dann nicht betreten, wenn er seinem namentlichen Zweck dient – aber Du, Ortsrat, machst uns fast genauso viel Angst mit deinen Law & Order-Fantasien.

NS-Dokuzentrum

Während niemand das Garnisonmuseum vermisst, an dessen Wiedereröffnung dennoch hinter den Kulissen gearbeitet wird, ist die Idee eines lokalgeschichtlichen Dokumentations- und Lernortes zur Geschichte Celles im Nationalsozialismus im November beendet worden. Die Suche nach Sponsoren verlief ernüchternd und aus eigenen Mitteln wollen's die »Sparfüchse« im Celler Rat nicht tragen. (CZ, 20.11.2012)

Freedom for Öcalan

Rund 150 Menschen unterstützten am 10.11.2012 auf dem Großen Plan die Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan und die politischen Gefangenen in der Türkei. Anlass war die Station der „Freedom for Öcalan“-Tour in Celle (siehe Foto rechts).

Schlageter

Einer der größten »Helden« der so genannten Kampfzeit der NSDAP war Albert Leo Schlageter. In Wardböhmen erinnert seit Herbst 2012 erneut ein Findling an den Nazi-Terroristen. „Schlageter war Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation Großdeutsche Arbeiterpartei. Während der französisch-belgischen Ruhrbesetzung war er militanter Aktivist und wurde wegen Spionage und mehrerer Sprengstoffanschläge von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. [...] Die nationalsozialistische Propaganda machte aus Schlageter den »ersten Soldaten des Dritten Reiches« und begründete einen »Schlageter-Kult«.“ (Wikipedia)

Ein Gedenkstein auf dem Bergener Truppenübungsplatz war im August entfernt worden. Klaus Jordan vom Netzwerk Südheide äußerte seine Verwunderung darüber, „dass es so lange gedauert [hat], die Erinnerung an Albert Leo Schlageter endlich dorthin zu befördern, wo sie hingehört: Auf den Müllplatz der Geschichte.“ Doch es gibt eben Leute, die sich damit nicht abfinden wollen:

Im November berichtete die CZ, dass auf einem Privatgelände und nur knapp außerhalb des Truppenübungsplatzes ein neuer Findling mit der Inschrift „Zum Gedächtnis 1923“ aufgestellt wurde. Der Grundstückseigentümer mochte in der CZ nicht namentlich genannt werden und wird mit der Aussage zitiert: „Ich toleriere aber in keinem Fall, dass sich dort eine irgendwie geartete braune Kultstätte entwickelt.“ Bisschen schwer, denn die hat er sich ja nun mal selbst aufgebaut.

Aus der Beantwortung einer kleinen Anfrage der Linken im Niedersächsischen Landtag von Anfang 2011 geht hervor, dass im November 2010 in Peine am dortigen Schlageter-Stein zwei Kranzgebände mit schwarz-weißen Schleifen mit der Aufschrift „ewig lebt der Toten Ruhm – Freie Kräfte Celle-1914 bis 1918 – 1939 bis 1945“ anläs-



lich des „Volkstrauertags“ abgelegt wurde. Des Weiteren befanden sich dort noch drei um das Denkmal gewickelte Reichsfahnen.

Der böse Mann mit dem kleinen Bart ...

... ist immer noch da. Anfang Dezember entdeckte ihn der FDP-Kreistagsabgeordnete Charles M. Sievers auf der Bühne des Schlosstheaters. „Zutiefst geschockt“ sah sich der Lachendorfer OS-Lehrer, weil zum Bühnenbild des Stückes »Chihuahua« ein Hitlerbild gehörte, das dann ein Schauspieler auch noch zweimal in der vor 75 Jahren üblichen Form grüßte. Der Lehrer gab daraufhin gegenüber der CZ zum Besten, dass er jetzt Arbeit auf sich zukommen sehe: „Kein Wunder, wenn die Schüler das Theater verlassen und anschließend gleich den Hitlergruß nachmachen. Nun muss das Thema im Unterricht aufgefangen werden.“ Offen bleibt ja, welches Thema Sievers auffangen will? Nur wird es leider nicht um »Imitationstheorien« oder »kognitiv-soziale Lerntheorien« oder auch den Verfassungsgrundsatz der »Freiheit der Kunst« gehen, sondern die Lehrkraft meint wahrscheinlich tatsächlich, seinen Schüler_innen was zum Thema Nationalsozialismus beibringen zu müssen. Alles Ernstes schlug Sievers dann noch vor, die Fördermittel für das Schlosstheater einzufrieren, bis geklärt sei, warum das Stück aufgeführt werde. Ehrlich gesagt fällt uns dazu nicht mehr ein – vielleicht sollten wir einfach mal nach dem Verfassungsschutz rufen ... (Quelle: CZ, 04.12.2012)

Weihnachtslicht-Paten

350 Menschen sind dem Aufruf des innerstädtischen Einzelhandels (»Celles Mitte«) gefolgt und haben sich mit fünf Euro an den Kosten der Weihnachtsbeleuchtung beteiligt. Dafür bekamen sie dann einen Button mit der Aufschrift „Weihnachtslicht – wir leuchten mit“. Aber sagt mal ehrlich, ihr Innenstadt-Geschäfte, können wir euch nicht noch bei den Heizkosten helfen, wenn der Winter richtig hart wird? (12.12.2012)

Hausfriedensbruch

Im Januar fand im Amtsgericht ein Prozess gegen den Tierbefreiungsaktivisten Karl-C. statt. Vorgeworfen wurde ihm, eine öffentliche Anhörung im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens von Mastanlagen im Landkreis Celle mit Transparenten und Sprechchören „gestört“ zu haben. Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 100 Euro („Hausfriedensbruch“) legte Karl-C. Widerspruch ein. Am Tag vor dem Prozess wurde der „ordnungsgemäße“ Ablauf des Amtes für Wirtschaftsförderung, dessen „Hausherr“ Gerald Höhl sowohl für die Genehmigung der Mastanlagen als auch für das Strafverfahren verantwortlich ist, ein wenig durcheinander gebracht. Mehrere Aktivist_innen verklebten dort Fotos von Hühnern, die das Leid in Mastanlagen dokumentieren. Zudem verteilten sie im Gebäude tausende kleine Zettel mit Botschaften wie z. B. „Hier wird lebenslange Gefangenschaft genehmigt“ und „Tiere wollen leben“. Der Strafbefehl wurde auf 240 Euro erhöht.

Maximilian Schmidt

Glückwunsch sagen wir – gemeinsam mit Peter Müller: Das kann sich doch sehen lassen.



Energiewende

Es ist bekannt, dass die Bündnisgrünen immer dicke Backen machen, wenn's ums Thema Energiewende geht. Und im Wahlkampf ganz besonders. Deshalb überrascht uns nicht, dass die Landtagskandidatin Nadin Bisewski meint, „dass nur eine starke Regierungsbeteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowohl im Land Niedersachsen, als auch im Bund, eine nachhaltige Energiepolitik sicherstellt.“ Wir vermuten, die grüne Regierungsbeteiligung war zu schwach, als Umweltminister Trittin im Jahr 2000 den »Atomkonsens« fabrizierte, der nichts mehr war als eine Laufzeitgarantie für AKW; wahrscheinlich war die Regierungsbeteiligung auch zu schwach, als Umweltsenatorin Hajduk im Jahr 2008 das Hamburger Kohlekraftwerk Moorburg genehmigte; und auch dafür, Gorleben endlich als Endlagerstandort aufzugeben, hat weder eine Regierungsbeteiligung in Hannover, noch in Berlin gereicht - sie wird "zu schwach" gewesen sein. Kurioserweise wurden acht AKW gerade in der Zeit vom Netz genommen, als die Regierungsbeteiligung der Bündnisgrünen ganz schwach war, nämlich gar nicht. Das macht uns doch nachdenklich. (09.01.2013)

Weihnachtswäldchen

Noch vor wenigen Jahren hätten die Bündnisgrünen *sozusagen* danach gefragt, ob die für den Weihnachtsmarkt gefällten Bäume in Plantagen unter starkem Einsatz von Pestiziden und Dünger angebaut wurden. Heute treiben den Chef der Celler Ratsfraktion, Bernd Zobel, andere Sorgen um: die Bevölkerung mit einem „Weihnachtswäldchen“ und zusätzlichem Konsumangebot zu beglücken. Dass dafür der Wochenmarkt weichen musste, zeigt zum einen, dass wir dem Gerede von der Stärkung regionaler Wertschöpfung nicht immer Glauben schenken sollten, und zum andern, dass die von Katrin Göring-Eckardt gepriesene „Kultur des Weniger“ zum Fest der Liebe gern mal suspendiert wird. Wo Zobel als TSC-Aufsichtsratsvorsitzender vor allem „Akzeptanz“ registriert haben will, beklagen die Marktbesucher_innen erhebliche Umsatzeinbußen durch die Verlegung. Und fragen: Das alles für dieses „kleine Weihnachtswäldchen und einige Glühweinbuden“? Genervt waren selbstverständlich auch Kund_innen des Wochenmarkts. So können wir uns die Schadenfreude nicht ganz verkneifen

bei dieser Geschichte: Ein älteres, auswärtiges Paar verließ kopfschüttelnd das Weihnachtswäldchen. In der Annahme, dies sei der ganze Celler Weihnachtsmarkt, ließen sie verlauten, dass sich Celle ja nun wirklich nicht lohne. Wir ließen sie in dem Glauben.

Grüne Klo-Gebühren

Es ist nicht einfach, sich Sorgen machen zu müssen „ums Ganze“. So möchte Bernd Zobel, Fraktionschef der Bündnisgrünen, Gebühren für die Nutzung öffentlicher Toiletten einführen. Das würde den touristischen Raststätten-Charakter Celles zwar betonen („Raus aus dem Bus, Beine vertreten, rein in den Bus – und zwischendrin mal aufs Örtchen“), aber: Jens Hanssen, Fachbereichsleiter der Stadt für Straßen, Verkehr und öffentliche Einrichtungen, mochte dem grünen Sparfuchs nur wenig Hoffnung machen. Für die Stadt würde dies kaum refinanzierbare Investitionen erfordern, weshalb sich wahrscheinlich auch private Betreiber nicht drängeln würden. (CZ, 02.01.2013)

Nachbarschaftstonne

Der Abfallzweckverband hat seine Gebührenordnung drastisch verändert: Um rund 40 % angehoben wurde die Grundgebühr im Restmüllbereich; die Leerung der ersten 240 Liter sind dabei „frei“. Die fatale Wirkung: Wer wenig Abfall produziert, wird »bestraft«, der finanzielle Anreiz zur Abfallvermeidung verringert sich. Immerhin: Die so genannte Nachbarschaftstonne bietet einen Ausweg. Bei direkt benachbarten Grundstücken reicht es, wenn nur eins an die Entsorgung angeschlossen ist: Dazu bedarf es eines gemeinsamen formlosen Antrags beim Abfallzweckverband. Es muss darin ein_e Ansprechpartner_in genannt werden, der/die dann den einen Bescheid bekommt und alles, was anliegt mit dem Abfallzweckverband regelt. Der finanzielle Spareffekt ist erheblich.



Komm' unter meine Decke



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Und was können wir lernen aus der Niedersachsenwahl?

Der Besserwisser: Das ist doch eindeutig. Nur Parteien mit Spitzenkandidaten, die Stephan oder Stefan heißen, können Stimmenzuwächse erzielen.

Die Dicke: Da hat die SPD auf Bundesebene ja ein Problem. Der Finanz-Noske heißt ja nun mal Peer.

Oma Lilo: Der Brandstifter als Feuerwehrmann. Seine ganze Kompetenz rührt ja von der zweiten Welle der Deregulierung der Märkte in seiner Zeit als Finanzminister und der von ihm durchgesetzte Bankenrettung mit Steuermitteln her. Ein Pyromane in Diensten des Kapitals.

Der lange Lulatsch: Gut dotiert bis vor kurzem. – Aber die SPD ist ja anscheinend in einer Therapiegruppe gewesen – und jetzt für Mindestlohn und Mietbremse usw usw.

Der Besserwisser: Was beides Armut nicht beseitigt. Und ihr zentrales Ziel eint sie mit der CDU: Schuldenabbau und Schuldenbremse.

Oma Lilo: Dieses Virus hat ja jetzt auch Celle erreicht. Und gleich ist Panik ausgebrochen im Stadtrat.

Die Dicke: Du meist das Haushalts-Chaos?

Oma Lilo: Auf einmal können sich CDU, SPD und Bündnisgrüne gar nicht übertreffen im Konsolidierungswettbewerb.

Klein Jonas: Konsolidierung?

Oma Lilo: Kommt aus dem Lateinischen. Von con, also »zusammen«, und solidare, was hier soviel heißt wie »festigen«. Da soll etwas wieder stabil gemacht werden, hier dann die Haushalte des Staates.

Die Dicke: Wäre es nicht wirklich gut für die Stadt, mal wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu haben?

Der lange Lulatsch: Die entscheidende Frage ist ja aber: Auf wessen Kosten?

Der Besserwisser: Ein bisschen hat's ja auch die Besitzenden getroffen: Durch die Zustimmung der Linken sind Gewerbe- und Grundsteuern erhöht worden. Das bringt ab 2014 über drei Millionen Mehreinnahmen.

Die Dicke: Es war das erste Mal seit Bestehen der Bundesrepublik, dass in Celle ein Mitte-Links-Bündnis einen Beschluss von Bedeutung gegen den bürgerlichen Block durchgesetzt hat.

Der lange Lulatsch: Nur das war's dann auch. Nach allem, was man hört, krabbeln SPD und Bündnisgrüne bei der Verabschiedung des Haushalts mit der CDU unter eine Decke. Und die Mitgift der CDU dabei ist hochgradig toxisch; Privatisierung und Personalabbau heißt der Master-Plan für die nächsten Jahre.

Oma Lilo: Und verkündet wird das selbstverständlich erst nach der Landtagswahl. Mit der Hoffnung, dass es bis zur Bundestagswahl im

Herbst wieder vergessen ist. Die Mehrheit wird's sowieso nur schleichend merken, wenn die Mieten steigen und sich die Gebühren erhöhen.

Die Dicke: Wieso das?

Der Besserwisser: Die Spar-Koalition will, so steht's jedenfalls in ihren Papieren, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft und die Stadtwerke mehr aus ihren Gewinnen an die Stadt abführen. Das ist am einfachsten, wenn die Gewinne sich erhöhen. Und wenn, wie von der SPD beabsichtigt, ein privater Investor für die Kläranlage gefunden wird, dann will der auf sein Kapital eine Rendite – das geht kaum anders als mit Gebührenerhöhungen.

Oma Lilo: Steinbrück wirbt für Mietsteigerungsgrenzen und Mende dreht kräftig mit an der Schraube wie geht das zusammen?

Der Besserwisser: Das eine ist Wahlkampf, das andere die Wirklichkeit.

Der lange Lulatsch: Apropos Mende. Nach drei Jahren ist der Lack anscheinend endgültig ab. Das ist ja nicht mehr Supermen.de, sondern schon eher Menderes. Mit seinem Schreiben an McAllister hat er sich doch zur Lachnummer gemacht, oder? Ich sehe regelrecht eine Mitarbeiterin in der Staatskanzlei vor Augen, die sich kringelt und denkt: „Dann heul doch!“

Oma Lilo: Worum geht's?

Der lange Lulatsch: Mende hat als Privatperson, aber schon mit Funktionsbezeichnung, im Januar McAllister angeschrieben und ihn gebeten, die Celler CDU-Fraktion daran zu hindern, im Stadtrat gemeinsam mit den Linken abzustimmen.

Der Besserwisser: Das übrigens, nachdem er selbst und die SPD – Fraktion gemeinsam mit Die Linke/BSG die Gewerbesteuer erhöht hatten.

Der lange Lulatsch: Das ist alles nicht mehr Ernst zu nehmen. Auch sein Gejammer darüber, dass er durch den im Dezember abgelehnten Haushalt jetzt keine Blumensträuße mehr an 90-jährigen Geburtstagen überreichen kann. Das hätte er selbst problemlos vermeiden können, indem er den nicht mehrheitsfähigen Haushalt einfach von der Tagesordnung absetzt. Bei einem Haushalt in Beratung, denn das wäre die Folge gewesen, hätte es so gut wie keine Einschränkungen gegeben.

Oma Lilo: Aber das ist aktuell ja seine einzige Stärke: Die Schuld am kleinen und großen Versagen der Verwaltung bei Anderen zu suchen.

Die Dicke: Und Die Linke/BSG? Haben die zu hoch gepokert? War doch klar, dass die SPD und die Bündnisgrünen nicht vom Nordwall lassen wollen?

Der lange Lulatsch: Am Ende wollten sie nur noch ein Symposium zum Nordwall/Neumarkt, einfach die Sinnfrage stellen. Was im Übrigen der Intention der überwiegenden Mehrheit der Leute entsprochen hätte, die sich am Bürgerhaushalt beteiligt haben. Aber: Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern? Das finden Sozialdemokraten und Bündnisgrüne anscheinend nur so lange okay, wie's nicht gegen ihre Politik geht.

Der Besserwisser: Nun schiebt mal keinen Frust – solange noch Spitzenkräfte wie Mende und Hardinghaus Celles goldene Zukunft planen, muss uns nicht bange sein, dass noch einiges schief geht – vielleicht ja auch der Nordwall-Ausbau.



Wo sitzen die Verfassungsfeinde?

940 Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten hat der Verfassungsschutz im Jahr 2011 in Niedersachsen gezählt. Wenn die nicht alle in Göttingen leben, sondern sich statistisch gleichmäßig aufs Land verteilen, hätten wir in der Stadt Celle rund 9 davon und im Landkreis noch ein Dutzend dazu. Der Linksextremismus erreicht rein statistisch damit noch nicht einmal die Zahl der Einkommensmillionäre, also jener Menschen, deren jährlich zu versteuerndes Einkommen die Millionengrenze übersteigt - denn davon leben in der Stadt Celle statistisch 12 und im Landkreis zusätzlich 18 davon. Über die Einkommensmillionär_innen weiß das Finanzamt Bescheid und selbstverständlich sie selbst - über die Linksextremist_innen der Verfassungsschutz, aber die so Einsortierten eher nicht.

Wir sprachen mit einer Frau, die es jetzt schriftlich hat.

?: *Du weißt jetzt, dass dich der VS als „Linksextremistin“ führt. Wie kam es dazu?*

!!: Ich bin mal auf ein Portal namens „Datenschmutz“ aufmerksam geworden. Da gibt es zum download die entsprechend formulierten Anfragen. Mit einem so genannten Auskunftersuchen hat jede_r das Recht zu erfahren, was über ihn oder sie gespeichert wird. In Wirklichkeit sieht das etwas anders aus, da dieses Recht auf Grund von Sicherheitsbedenken eingeschränkt werden kann. Auf dieser Website gibt es ein kleines Programm, mit dem bequem Auskunftersuchen an alle möglichen »Sicherheitsorgane« hergestellt werden können. Das habe ich dann gemacht für den Niedersächsischen Verfassungsschutz und das LKA.

?: *Und die haben dir geantwortet?*

!!: Ja. Und die Antworten waren schon überraschend. Das Innenministerium teilte mir mit, dass über mich „neben allgemeinen biografischen Daten auch Erkenntnisse über den Verdacht linksextremistischer Aktivitäten bekannt sind“, über die man mir „jedoch keine Auskunft zu geben vermag, da einer Mitteilung Gründe nach § 13 Abs. 2 NVerfSchG entgegen stehen.“

?: *Jetzt weißt du, dass du „linksextremistisch“ bist, aber nicht warum?*

!!: In dem angeführten Paragraphen heißt es u.a., dass der VS keine Auskunft geben muss, wenn „durch die Auskunftserteilung Informationsquellen gefährdet würden oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde zu befürchten ist.“

?: *Das heißt?*

!!: Ich denke, sie wollen einen VS-Spitzel schützen. Denn sie haben in dem Schreiben im weiteren schon

noch drei konkrete »Tatbestände« genannt. Da war zum einen, dass ich mich unter den Unterzeichner_innen des - wie es heißt - „maßgeblich von linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppen initiierten Kampagne »Castor! Schottern?« befunden“ hätte. Dann noch, dass ich „am 9. Juli 2009 eine - im weiteren Verlauf von der Polizei aufgelöste - Demonstration gegen die Veranstaltung »Celler Trialog« geleitet“ hätte. Dazu ist zu sagen, dass ich tatsächlich - nachdem die ganze Altstadt zur demonstrationsfreien Zone erklärt worden war - mit einer kleinen Gruppe gegenüber vom Schloss ein Transparent gehalten habe. Auf dem Transparent war übrigens zu lesen: „Abschaffung der Bundeswehr -



Schwerter zu Pflugscharen“. Als die Polizei nicht einmal diese kleine Meinungsäußerung erlauben wollte, habe ich versucht, das Ganze als Spontandemonstration anzumelden. Mit dem Ergebnis, dass die Versammlung aufgelöst wurde, die Teilnehmer_innen ein Aufenthaltsverbot für die Altstadt bekamen und gegen mich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Das wurde im Übrigen eingestellt. So bin ich für den VS halt eine »aktenkundige« Person. Was das Ganze aber kurios macht, ist folgender »Vorwurf«: Ich sei „als Aktivistin der Gruppierung »Die Überflüssigen« auf[ge]treten“. Nun habe ich sicher nicht mehr alles aus meiner »linksextremistischen« Vergangenheit in Erinnerung. Aber bei aller Sympathie für »Die Überflüssigen« - ich habe nicht einmal ein T-Shirt dieses Zusammenhangs und mit Sicherheit nie an einer Aktion teilgenommen. Ich denke, da hat sich ein VS-Spitzel einfach etwas ausgedacht für ihren oder seinen Lohn.

?: *Aber nachweisen lässt sich das nicht?*

!!: Ich versuche jetzt noch, über ein Anwaltsbüro Akteneinsicht zu bekommen. Aber, ob das was wird ...

?: *Du bist jetzt also „Linksextremistin“, weil du „Castor schottern“ unterschrieben hast und weil du eine antimilitaristische Spontanaktion legalisieren wolltest?*

!!: Ja - so sieht das aus. In beiden Fällen, ich sag's noch einmal, ohne jegliche Verurteilung oder Bußgeldbescheid. In beiden Fällen ging es ausschließlich um das Recht auf freie Meinungsäußerung. Da finden sich in den deutschen Medien für Russland oder die Ukraine ja immer Verfechter_innen - zurecht, aber dann kaum ein kritisches Wort gegen das tagelange Verbot jeglicher Proteste in Frankfurt bei den Blockupy-Tagen.

?: Warum nervt diese Kategorisierung »Linksextremistin«?

!!: Überall, wo meine Personalien aufgenommen werden, habe ich jetzt den Eindruck, dass die Alarmsirenen angehen. Bei Blockupy im Mai 2012 bin ich wie tausend andere in Gewahrsam genommen worden. Im Unterschied zu anderen, die mit mir in einer Zelle waren, wurde mir ein Telefongespräch verweigert. Gibt's einen Zusammenhang? Ich weiß es nicht. Wenn es mal wieder darum geht, eine Demonstration oder Spontanaktion anzumelden, kann ich das praktisch nicht mehr machen; denn dadurch, dass ich ein Bürgerrecht in Anspruch nehme, gerät gleich die ganze Aktion in den Verdacht, »linksextremistisch« gesteuert zu sein.

?: Nachdem du hier und da von deinen Erfahrungen erzählt hast, haben auch andere Leute aus Celle Auskunftsersuchen gestellt. Weißt du etwas von den Ergebnissen?

!!: Soweit ich das mitbekommen habe, bin ich bisher die einzige »Linksextremistin« der Stadt.

?: Letzte Frage - was hältst du von der VS-Kategorie "Linksextremismus"?

!!: Im Niedersächsischen VS-Bericht ist zu lesen: „Linksextremisten greifen die in der Französischen Revolution proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung auf und wollen den Menschen aus allen politischen und ökonomischen Abhängigkeiten befreien.“ Das ist zwar ziemlich platt formuliert; aber ja: Es geht um Freiheit und Gerechtigkeit und Internationalismus selbstverständlich. Wenn das »Linksextremismus« ist, könnte ich mir denken, bin ich in Celle doch nicht allein auf weiter Spur.



§ 13 - Auskunft an Betroffene

(1) Die Verfassungsschutzbehörde erteilt Betroffenen auf Antrag unentgeltlich Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten. Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen. Über Daten aus Akten, die nicht zur Person der Betroffenen geführt werden, wird Auskunft nur erteilt, soweit die Daten, namentlich aufgrund von Angaben der Betroffenen, mit angemessenem Aufwand auffindbar sind. Die Verfassungsschutzbehörde bestimmt Verfahren und Form der Auskunftserteilung nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Die Auskunftserteilung kann nur abgelehnt werden, soweit

1. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde,
2. die Daten oder die Tatsache ihrer Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder wegen der berechtigten Interessen von Dritten geheim gehalten werden müssen oder
3. durch die Auskunftserteilung Informationsquellen gefährdet würden oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde zu befürchten ist. [...]

(3) Die Ablehnung einer Auskunft bedarf keiner Begründung, soweit durch die Begründung der Zweck der Ablehnung gefährdet würde. Die Gründe der Ablehnung sind aktenkundig zu machen. Wird der antragstellenden Person keine Begründung für die Ablehnung der Auskunft gegeben, so ist ihr die Rechtsgrundlage dafür zu nennen. [...]

Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Niedersachsen (Niedersächsisches Verfassungsschutzgesetz - NVerfSchG -)





Aus Anlass des 2. Fukushima-Jahrestages rufen wir für Samstag, den 09. März 2013 zu einer Aktions- und Menschenkette rund um das Atomkraftwerk Grohnde auf. Mit vielen Aktionen und Menschen wollen wir im Abstand von etwa 40 km vom Reaktor zeigen, welches Ausmaß eine Katastrophe wie Fukushima in Deutschland haben könnte und die Stilllegung der noch laufenden Atomanlagen fordern.

Die Katastrophe von Fukushima zeigt, dass auch in hochentwickelten Industrieländern große Atom-Katastrophen jederzeit möglich sind. Noch in 170 km Entfernung könnte eine solche Katastrophe in Deutschland dramatische Eingriffe bis hin zu Umsiedlungen nötig machen, hat das Bundesamt für Strahlenschutz festgestellt. Und der EU-Stresstest hat gezeigt, dass alle Re-



aktoren Mängel aufweisen. Für das AKW Grohnde haben wir nachgewiesen, dass der vor drei Jahrzehnten verbaute Stahl schon damals unzulässig war und dass Katastrophenschutz nicht möglich ist. Statt daraus Konsequenzen zu ziehen, will e.on die Gefahr noch steigern und noch gefährlichere Plutonium-MOX-Brennelemente benutzen.

Dagegen wollen wir zum 2. Fukushima-Jahrestag mit einer Aktions- und Menschenkette in etwa 40 KM-Entfernung vom AKW-Grohnde einen möglichen Katastrophbereich sichtbar machen und gemeinsam für die Stilllegung aller Atomanlagen demonstrieren. Wir gedenken damit zugleich der Opfer der großen Reaktor-katastrophen von Windscale (1957), Harrisburg (1977), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011).

Die geplante Aktion ist ambitioniert. Aber ist es realistisch, 2013 eine solche Großaktion durchzuführen?, werden wir gefragt. Absolut, meinen wir! - Auch wenn der Bundestag 2011 „Atomausstieg und Energiewende“ beschlossen hat, macht das die noch laufenden Atomkraftwerke nicht sicherer, wird weiter Atom Müll produziert, kann uns niemand bei einer jederzeit möglichen Katastrophe schützen. Das wissen sehr viele Menschen und das bewegt heute mehr Menschen als noch vor ein paar Jahren. Das wollen wir zeigen. Mit einer Aktion, wie es sie so noch nie gegeben hat und die dem Gedenken an Fukushima sehr angemessen ist: Wir zeigen, was eine solche Katastrophe hier bedeuten würde. Und fordern Konsequenzen.

Die Aktions- und Menschenkette soll zwischen 12.05 - 12.50 Uhr einen möglichen Katastrophengebiet umschließen. Das ganze Gebiet wird „abgesperrt“- Lautsprecherwagen informieren - Errichtung von „Dekontaminationsstationen“-Trecker reihen sich ein mit Lebensmitteln, die ausgemessen werden müssen. Menschen bewegen sich aus dem Katastrophengebiet zur Kette oder kommen zur Unterstützung von außen dazu und können sich überall zwischen den Aktionen einreihen.

Es rufen auf: Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD, attac, .ausgestrahlt, BBU, BUND, compact, contratom, IPPNW, Naturfreunde Deutschland

Auf der Homepage www.grohnde-kampagne.de können Einzelpersonen den Aufruf online unterschreiben.

Das Celler Forum gegen Atomenergie hatte zum Reaktionschluss noch keine konkrete Planung. Eine Idee ist die Teilnahme am Punkt Barsinghausen. Dafür wäre Abfahrt am Celler Bahnhof um 10.47 Uhr; Rückfahrt um 13.07 Uhr. Schaut aber bitte auf die website www.anti-atom-celle.de

Am Montag, den 11.03., macht das Forum um 18.00 Uhr eine Mahnwache auf der Stechbahn.



Critical Mass: „Wir sind kein Verkehrshindernis, wir sind der Verkehr!“

Erfolgreich ist im November 2012 die erste der daraufhin monatlich stattfindenden *Critical Mass* (CM) Fahrradtouren durch Celles Innenstadt gestartet.

Critical Mass (engl. kritische Masse) ist eine international verwendete Aktionsform, bei der sich mindestens 16 Radfahrer_innen „zufällig“, unorganisiert und unhierarchisch zusammenfinden, um mittels einer Protest-Fahrradtour auf der Autospur auf ihre Belange gegenüber dem motorisierten Verkehr aufmerksam zu machen. Laut Straßenverkehrsordnung ist das im Verbund ab 16 Personen (kritische Masse) erlaubt.

Freie Fahrt für freie Bürger

Hier in Celle wurde besonders bei der zweiten CM deutlich, dass ein Teil der Autofahrer_innen in Bezug auf Toleranz und Verantwortungsgefühl gegenüber langsameren Verkehrsteilnehmer_innen noch sehr viel zu lernen haben. Es wurde gehupt, gedrängt und vollkommen skrupellos der Fahrradkonvoi von Choleriker_innen hinterm Steuer so knapp überholt, dass viel Glück dabei war, dass niemand verletzt wurde. Verkehrsregeln einhalten? Fehlzanzeige! Das Dominanzverhalten der PKW-Fahrer_innen wurde offenbar über Jahrzehnte als selbstverständlich hingenommen. Damit will die Critical Mass nun brechen. Aus Angst vor Unfällen ist bei einigen CM Radler_innen jedoch der Wunsch entstanden, nur noch im KernInnenstadtbereich zu fahren. Erst wenn die Gruppe größer wird als die bisher knapp 20 Personen, soll sich wieder auf größere Straßen gewagt werden. Alle Touren wurden jedoch positiv bewertet und endeten meist mit einem gemeinsamen Abschluss im Cafe RIOS. Dort entstand auch der einheitliche Wunsch, regelmäßig weiterzufah-



ren. Natürlich wurden bisher so neuralgische Punkte wie der Nordwall angefahren, aber Jede_r ist aufgefordert, selbst einmal eine Route auszusuchen.

Ab sofort: Jeden 2. Samstag im Monat um 12.00 Uhr Treffen Ecke Nordwall/Neumarkt (vorm Cafe Rio's) zur Critical Mass!

Anzeige

Hallo,

seit einem guten Jahr sind wir im Stadtrat und versuchen dort, sozialen und ökologischen Politikvorstellungen eine Stimme zu geben. Wir haben eine Menge Initiativen ergriffen, von denen sich leider nicht alles in der Tagespresse wiederfindet. Wer sich für Kommunalpolitik – und das heißt: unser Leben in Celle – interessiert, sollte deshalb gelegentlich mal auf unsere Homepage oder Facebook-Seite gehen: www.linke-bsg.de/ oder www.facebook.com/linke.bsg

Oliver Müller und Behiye Uca

Ihre Meinung zählt!

HAUSHALT
Wie soll die Stadt ihre Einnahmesituation verbessern?

Gewerbesteuer erhöhen (52%)
Grundsteuer erhöhen (26%)
Ba-Ba-Bankrobbery (19%)
Gewerbesteuer (4%)

Wir haben genug Steine in der Südheide ...

Das »Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus« hat im Dezember 2012 für seine als „*vorbildlich*“ eingestufte Arbeit vom »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« ein Preisgeld in Höhe von 2.000 € erhalten. Dieses Bündnis ist eine Gründung des Bundesinnen- und justizministeriums aus dem Jahr 2000. Seine Zielsetzung ist es, „*das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz sichtbar zu machen und möglichst viele Mitbürger und Mitbürgerinnen ... zu ermutigen und anzuregen.*“



So weit, so gut. Unser Engagement wird also gewürdigt, unser Bemühen ausdrücklich bestärkt. Die Eigenständigkeit unserer „*Handlungsstrategien und Lösungsansätze*“ wird gelobt und die örtlichen Aktivitäten ausdrücklich hervorgehoben.

Wir freuen uns über die mit diesem Preis verbundene Anerkennung, umso mehr, als keine Zensur oder Wohlverhaltensklausel damit verbunden ist. Das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit. Die alte Gleichsetzungsmasche von linkem und rechtem Extremismus funktioniert in diesem Zusammenhang auch heute noch wie ein Beißreflex; trotz der Beendigung des RAF-Terrors in den 90-igern, trotz über 180 rechtsradikalen Mordopfern seit 1990, trotz NSU und Nazi-Straßenterror.

Ihre „*Handlungsvertreter*“ sind dabei meist Abwiegler, Halbsympathisanten oder „*Eigene-Suppenköchler*“. Polizeiliche Einsatzleiter mischen dabei ebenso kräftig mit, wie sonstige Staatsbeamte oder Mitglieder staatstragender Parteien. Da wird gern die Demokratiekeule geschwungen, die Meinungsfreiheit für alle reklamiert und das eigene bequeme bürgerliche Mittelmaß propagiert nach dem gemeinsamen Motto:

Rechter Extremismus, linker Extremismus, Ausländerextremismus, alles eine Soße. Nur die Mitte ist gut. Demokratisches Handeln ist Sache des Staates und seiner bewährten Schutzorgane. Die aus dem Ruder laufenden Ränder gehören befriedet oder an der kurzen Leine gehalten.

Auf der Straße tobt für sie eh nur der Mob und der ist je nach Sachlage entweder rechts- oder linksextremistisch – zumeist beides. Deren Stigmatisierung erspart die Auseinandersetzung, lenkt ab von den unterschiedlichen Beweggründen und verhindert, dass Kritik an staatlichem Handeln oder besser Nichthandeln „*gesellschaftsfähig*“ werden könnte.

Klar definierte Bedrohung anzuprangern ist ihre Sache nicht.

Gepflegtes Kennzeichen sind eher: Populismus, Denkfaulheit und autoritäre Staatsgläubigkeit.

Logisch: reichen doch Rassismus, Antisemitismus und sonstige Verächtlichmachungen bis weit in ihre gepflegten Vorgärten hinein. Ignoranz und Dummheit sind kein Privileg von Neonazis. Akzeptanz rechter Gesinnungen kann sich auch hinter Nadelstreifen verbergen.

Diese Debatte hängt uns zum Hals raus.

Wenn z.B. unser Landrat nicht mit der (welcher überhaupt) Antifa auftreten will, dann sei ihm das unbenommen. Da er als Leistungsträger in Sachen Neonazigegehalten auch sonst nicht weiter auffällig geworden ist, reiht er sich eben in den Teil bürgerliche „Mitte“ ein, denen das Handeln außerhalb staatlich normierter Handlungsvorschriften sowieso suspekt ist.

Wir als Netzwerk sind nicht der Generalverband zur Kontrolle der richtigen Gesinnung. Wir haben uns zu einem konkreten Thema zusammengeschlossen, pflegen unsere Vielfalt und überlassen jedem einzelnen die eigene Staatstheorie.

Fernab jeder Extremismusdebatte interessiert uns die konkrete Arbeit und Einstellung vor Ort. Wir sind ein bunt gemixtes Bündnis von Bürgern und arbeiten selbstverständlich da, wo es passt, auch mit sgn. Antifagruppen zusammen. Unser Ziel ist, eine Gegenöffentlichkeit zu möglichst allen Naziaktivitäten hier in der Region zu schaffen. Wir wollen da vor Ort sein, wo auch die Nazis auftauchen. Wir wollen informieren und agieren, zeigen Präsenz und unseren politischen Abscheu.

Wo der Staat als Präventiv- oder Schutzorgan seinen Aufgaben nicht oder nur ungenügend nachkommt, treten wir auf den Plan. Unbequem, lautstark und offensiv. Das bringt uns nicht nur Lobgesänge ein, sondern oftmals Unverständnis und Ablehnung; auch wünschen wir uns oftmals mehr Unterstützung, aber im Zweifelsfall verlassen wir uns auf die eigenen Kräfte.

Das haben mittlerweile sogar die Nazis gemerkt, die noch vor gar nicht langer Zeit uns meist älteren Widerständler als zu verhöhnende Gutmenschen abqualifizierten und vor lauter Selbstbeweihräucherung gar nicht merkten, dass wir ihnen ihre Spielräume auf der Straße und in der Öffentlichkeit immer effektiver einschränken. Das verbale Getöse auf ihren Propagandaseiten – im letzten Jahr mit Vorliebe gegen unseren Mitstreiter Pastor Manneke – und kleinere und größere Attacken auf bekannte Antifas zeugen von Wut und Hass gegen das Outing ihrer Dumpfbackenparolen.

Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, und so werden wir weiterhin dafür eintreten, dass Nazis hier bei uns und auch nirgendwo anders ein Bein auf den Boden bekommen. Frei nach dem Motto:

Wir haben genug Steine in der Südheide, die wir allen, die hier mit Naziparolen punkten wollen, in den Weg legen können.

Klaus, 17.01.2013

... nur eine klare Haltung: Nein

Am 22.12.2012 fand zum wiederholten Male eine Demo gegen die Nazitreffen in Eschede statt. Anlass war der Winteranfang, den die Nazis gern als sogenannte Sonnwendfeier begehen. Auch wenn, wie in den beiden Vorjahren, kein Nazitreffen stattfand, so wollten doch die Organisator_innen daran festhalten, an diesem Termin darauf hinzuweisen, dass sie „Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede“ sind - so das Motto der Demonstration.

Die Veranstaltung war, wie immer im Winter, zweigeteilt: die Demo mit Kundgebung an der Kreuzung zur Zufahrtsstraße zu Hof Nahtz am Nachmittag und die Veranstaltung „Lichter gegen Extremismus“ abends. Dass das jeweilige Publikum zum großen Teil wechselte, war auch nichts Neues. Viele Demonstrationsteilnehmer_innen haben berechtigter Weise ein Problem mit dem unsäglichen Titel der Abendveranstaltung.



Gut 80 Personen nahmen an der Demonstration teil. Thematisch ging es um Alltagsrassismus sowie strukturellen und institutionellen Rassismus. So wurde in einem der Redebeiträge auf die rechtsextreme Einstellungen in Deutschland verwiesen; dazu wurde aus der neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte im Umbruch“ zitiert. Es gab einen Beitrag zur Asylpolitik, chronologisch wurde die Aushöhlung des Asylrechts seit den 1990er Jahren beschrieben, und es wurde auf den NSU, dessen Aufdeckung sich gerade jährte, hingewiesen, auf die „Pannen“ bei der Aufarbeitung sowie die zweifelhaften Rolle der Geheimdienste bei den Ermittlungen.

Die Abendveranstaltung war dann – trotz des umstrittenen Mottos – doch recht interessant.

Die Veranstaltung ist eher eine Art Andacht mit Gesang und Segen als eine politische Kundgebung. Dementsprechend war die Rede des Celler Superintendenten auch sehr christlich. Er sagte: „Wir haben uns hier versammelt, um Lichter anzuzünden gegen den Extremismus, was in diesen Tagen in Eschede natürlich bedeutet, Lichter gegen den Rechtsextremismus anzuzünden.“ Er zitierte Paulus „Gott ist mein Zeuge, dass unser Wort an Euch nicht »ja« und »nein« zugleich ist“ und kommentierte wie folgt: „Der Apostel mahnt uns Christen zur Eindeutigkeit. Er mahnt uns, klar und deutlich zu sein, immer da, wo es drauf ankommt. Und ich denke gerade im Blick auf Neonazis, da, wo die ihr Unwesen treiben, kommt's wirklich drauf an, und da gibt es für uns Christenmenschen und andere Menschen, die guten Willens sind, nur eine klare Haltung und die heißt Nein.“ Wir haben den Beitrag als Aufforderung verstanden, sich klar zu positionieren, d.h.: Wer gegen Nazis steht, soll das auch klar benennen und nicht mit einem allgemeinen „Gegen Extremismus“ herumeiern. Wollen wir mal hoffen, dass es diejenigen, an die diese Worte gerichtet waren, auch so verstanden haben.

Ein weiterer interessanter Beitrag kam von Stephanie Bölke, interessant deshalb, weil sie Stefanie Deutschmann kannte und mit ihr in Kontakt trat, nachdem sie realisierte, dass diese die Tochter des in Eschede von örtlichen Neonazis zu Tode geprügelten Peter Deutschmann ist. Die beiden waren zur Zeit des Todes von Peter Deutschmann Arbeitskolleginnen. Stefanie Deutschmann hat an Stephanie Bölke zurückgeschrieben. Aus ihrem Brief hat Stephanie Bölke mit ihrer Zustimmung zitiert. So erklärt Stefanie Deutschmann, warum sie sich damals nicht als die Tochter des Getöteten zu erkennen gab: Auf Grund der damals zum Teil abfälligen Reaktionen einiger Kollegen, wenn sie sich über den „Penner in Eschede“ unterhielten, habe sie beschlossen, nicht die Konfrontation zu suchen. Sie sei so kurz nach dem Tod des Vaters dafür nicht stark genug gewesen und wollte das Geschehene nicht auf der Arbeitsstelle thematisieren.

Direkt zum Mord, wie sie die Tat bezeichnet, und den Umgang damit schrieb sie an Stephanie Bölke: „Natürlich ist es sinnvoll solche Morde – auch wenn es vor dem Gesetz kein Mord war – nicht unter den Teppich zu kehren, den Opfern zu Gedenken. Aber für Angehörige ist das alles schwer zu verarbeiten. Eventuell wäre das Anliegen des Gedenksteins allein mit der Presse drumherum wesentlich besser zu verarbeiten gewesen. Aber in meinem Fall werde ich ebenfalls mit der durchaus recht positiven Berichterstattung über Johannes Kneifel konfrontiert, der sich mir gegenüber nicht wirklich so verhält, wie er sich in der Öffentlichkeit darstellt. Seine Meinung, es sei nicht sein Problem, dass ich nicht damit zurechtkomme, dass ich keinen Frieden finden werde, solange ich ihm nicht vergeben

kann, macht es nicht wirklich besser. Trotz Allem finde ich es gut, dass es Menschen gibt, die sich für meinen Vater und auch andere Gewaltopfer einsetzen, die ihm öffentlich gedenken und demonstrieren.“

Bei den jährlichen Gedenkfeiern für Peter Deutschmann lautete der letzte Satz des Beitrags des Celler Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus: *„Ich kannte Peter Deutschmann nicht, ich weiß nicht, ob das (gemeint ist die Gedenkveranstaltung und die Forderung nach einem Gedenkstein, Anm. revista) in seinem Sinne wäre. Aber er hat sich gegen ausländerfeindliche Sprüche zu Wehr gesetzt. Und ich könnte mir vorstellen, dass er dabei gerne (mehr) Unterstützung gehabt hätte. Und Unterstützung hätte er dringend gebraucht.“*

Genauso wenig wusste irgendwer, ob die Forderung nach einem Gedenkstein im Sinne der Angehörigen ist. Aber auf Grund dieses Briefes können diejenigen, die sich schon lange aktiv dafür einsetzen, sich jetzt in diesem Punkt etwas sicherer sein.

Die persönlichen Worte von Stefanie Deutschmann waren sehr bewegend. Und die Haltung von Johannes Kneifel ihr gegenüber macht wütend. Bisher haben wir uns ja gefragt, warum es ihn mit seinem individuellen Weg, mit „Schuld“ umzugehen, so sehr an die Öffentlichkeit drängt – das wäre doch eher etwas für ein therapeutisches Gespräch. Als wirklichen Aussteiger haben wir ihn auch nicht gesehen, dazu fehlt die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung. Aber so einen Satz, wie *„es sei nicht sein Problem, dass (die Tochter des von ihm Getöteten) nicht damit zurechtkomme, dass (sie) keinen Frieden finden werde, solange (sie) ihm nicht vergeben kann“* ist das Allerletzte. Hoffentlich haben das auch diejenigen deutlich gehört, die ihn als bekehrtes Schäfchen betrachten. Und hoffentlich hört der Hype um ihn, den Saulus der angeblich zum Paulus wurde, bald auf. Aber wahrscheinlich wird der Saulus/Paulus sich, wie bisher bei allem Kritischen zu seiner Person, wieder eine Taktik ausdenken, mit der er weiter gut durchs Leben kommt, durch seins.

Naziterror

Ein Jahr nach dem Auffliegen des NSU

Das Zweimonatsmagazin »der rechte rand« legt im aktuellen Heft seinen Schwerpunkt auf den Terror des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) und hat rund ein Dutzend Beiträge zum Thema gesammelt. Beleuchtet werden u.a. das Verhältnis der extremen Rechten zum NSU, wie sich die Medien verhalten sowie die

Geschichte des Rechtsterrorismus in Hessen (von Manfred Roeder bis zum Mord des NSU in Kassel).

Gleich mehrere Artikel widmen sich Geheimdiensten, Polizei und der Arbeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse.

Dabei geht es weniger darum, nur Revue passieren zu lassen, wie der NSU gemordet hat und was in den vergangenen zwölf Monaten geschehen ist, sondern vielmehr darum, wie es derzeit um die Aufarbeitung steht, warum sich die Angehörigen der Ermordeten immer noch als nicht anerkannte Opfer fühlen, wie die Geheimdienst versuchen, wieder Kapital aus der Situation zu schlagen und und und ...

Seit Januar 2012 beschäftigt sich »der rechte rand« kontinuierlich mit dem Thema NSU, Naziterror, VS-Verstrickungen etc. Ein wichtiger Bestandteil ist dabei die Chronik zur NSU, die in jeder der letzten fünf Ausgaben des Magazins erschien. Der sechste Teil ist in Nr. 139, alle sechs Teile sind nachzuschlagen unter:

http://www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/Chronik_drr_zur-NSU_2012.pdf

Die Schwerpunktausgabe 139 von »der rechte rand« erscheint als Kooperation mit »analyse & kritik« sowie dem antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum berlin e.V. (apabiz). 26 Seiten stark kostet das Heft 3 Euro, Bezug über:

Der Rechte Rand, Postfach 304180, 20324 Hamburg, E-Mail: abo@der-rechte-rand.de, www.der-rechte-rand.de

Leseprobe unter: <http://www.der-rechte-rand.de/?p=993>



Gegen die Ostumgehung (1976-2012)

Am 11. April 1984 scheiterte das »Jahrhundertprojekt« Ostumgehung das erste Mal vor Gericht. Das Lüneburger Obergericht gab eine Berufungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss statt. (Eine Beschwerde der Stadt Celle vor dem Bundesverwaltungsgericht scheiterte Anfang Januar 1985.) Damals ging es um eine Planung, die eine Allerquerung in Höhe der Lachte vorsah. Das einzige Relikt dieser Planung ist das damals schon angelegte Stück »Baustraße« vom Herzog-Ernst-Ring Richtung Aller (heute der Beginn des Fahrrad- und Fußweges entlang der Aller).

Es war ein K.O.-Sieg der »Bürgerinitiative Stadtentwicklung Celle«, die sich mit Vehemenz und breiter Unterstützung aus der Bevölkerung gegen dieses Verkehrsprojekt eingesetzt hatte. Was waren damals die Gründe für das Scheitern der Planer? Das OVG hatte „nicht unerhebliche Zweifel, ob ein Bundesstraßenneubau von den hier gegebenen Ausmaßen angesichts des unstrittig geringen Durchgangsverkehrs erforderlich ist.“ Die Planer hätten „die Belange des Verkehrs zu hoch eingeschätzt und andere Belange vernachlässigt“. Insbesondere seien auch „die Belange des Landschafts- und Naturschutzes vernachlässigt“ worden. (Zitate aus dem Beschluss)

Erste Überlegungen zu einer Ortsumgehung gab es schon vor 60 Jahren; konkreter wurde die Angelegenheit im Jahr 1968, als Bundesverkehrsminister Georg Leber (SPD) in Celle verkündete, mit dem Bau einer Umgehungsstraße könne 1971 begonnen werden. Er habe sich „auf die östliche Umgehung festgelegt [...], da die Stadt einen starken inneren Verkehr habe, der in der schönen alten Stadt nicht bewältigt werden könne.“ Aber erst als die Stadt im Jahr 1976 einen Generalverkehrsplan verabschiedete, musste tatsächlich mit einem Bau gerechnet werden. Im Rat wurde das Projekt von einer übergroßen Koalition aus CDU/FDP/SPD getragen; Skepsis gab es lediglich aus der kleinen Gruppe der Wählergemeinschaft. (Die Grünen gab es noch nicht, und die DKP, die sich allerdings klar gegen die Ostumgehung positionierte, war nicht im Rat vertreten.)

Daraufhin formierte sich Widerstand. Eine »Notgemeinschaft Ostumgehung. Bürgerinitiative zur Erhaltung des Naherholungsgebietes« (Gründungsaufruf, CZ, vom 28.02.1976) sammelte 8.000 Unterschriften gegen die Ostumgehung und für die Erhaltung des Oberallergebietes. Die Erstunterzeichner dürften heute überraschen: Manfred Colshorn (Rechtsanwalt), Georg Pfingsten (Zeitungsverleger), Hans-Burghard v. Lüpke (Oberlandesgerichtsrat a.D.), Hans Westerhaus (Studiendirektor), Willi Dehnpostel (Rektor, Ratsherr). Im Juni 1976 fassten die Fünf in der CZ ihre Argumente zusammen:

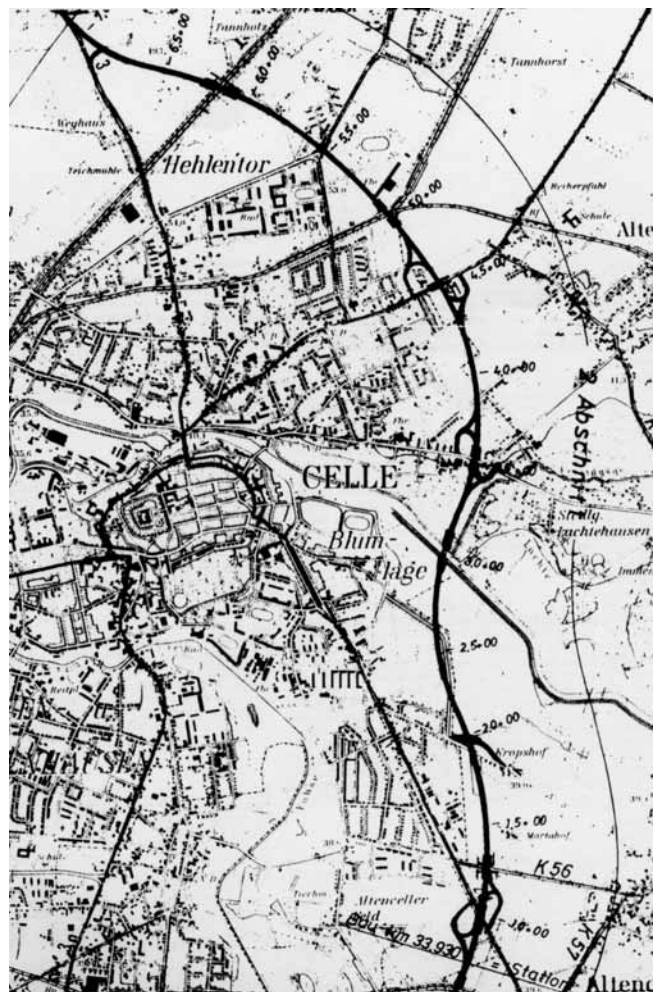
„1. Oberster Gesichtspunkt bleibt die Erhaltung des Naherholungs- und Landschaftsschutzgebietes an der Oberaller zwischen Pfennigbrücke und Altencelle. [...] In einer Zeit,

in der ein Recht auf Erholung gesetzlich abgesichert wird [...], glaubt die Stadt Celle, ein ideales Erholungsgebiet den Erfordernissen des Verkehrs opfern zu dürfen. [...]

2. Das ganze Ausmaß der Zerstörung dieses Naherholungsgebietes durch die geplante Ostumgehung ist inzwischen durch zwei weitere Umstände deutlich geworden, die bisher nicht so erkennbar waren: [...] b) Weit schwerwiegender ist aber, [...] daß die Pfennigbrücke zu einer Autobrücke ausgebaut wird, um den Innenstadtverkehr zu entlasten und auf der Wittinger Straße zur Osttangente abzuleiten. [...]

4. In Wirklichkeit will die Stadt mit Mitteln des Bundes, die wohl dazu kaum gedacht sind, nur eine innerstädtische Verkehrsstraße schaffen. [...] Eine Alternative kann [...] nur in einer Verlegung der Trasse nach Osten gefunden werden, und zwar sollte diese etwa hinter Altenhagen und Lachtehausen [...] verlaufen. [...]

Dem Moloch Verkehr darf nicht mehr geopfert werden, als unbedingt notwendig ist. Wesentlich ist nicht, daß der Autofahrer durch die Benutzung einer kreuzungsfreien Autostraße beim Umfahren von Celle ein paar Minuten gewinnt, sondern daß dem Bürger von Celle ein unvergleich-



liches Naberholungsgebiet erhalten bleibt.“ (CZ, 11.06.1976)

Der Irrsinn der damaligen Planung ist u.a. an der Randfrage der Pfennigbrücke zu ersehen, für die tatsächlich ein Ausbau zur Autobrücke im Raum stand. Die Argumente können in ihrer ganzen Reichweite noch heute Geltung beanspruchen. Und wenn Celle tatsächlich einer Umgehungsstraße bedürfte – was heute mehr denn je in Frage steht –, wäre selbst der Alternativvorschlag einer Verlegung der Trasse weiter nach Osten nachvollziehbar.

Die »Notgemeinschaft« blieb eine Episode; zur tragenden Säule des Widerstands wurde dann die »BI Stadtentwicklung«, die in Horst Firker ihren »Motor« hatte. In einem Gründungsaufwurf vom Oktober 1977 stellt sie sich mit den bekannten Argumenten gegen die Ostumgehung auf, aber sie versucht im Unterschied zur »Notgemeinschaft« ein alternatives Planungskonzept zu entwickeln. Sie wollte die B3 ab Ehlershausen an den westlichen Teil der Bahn verlegen, auf den Wilhelm-Heinichen-Ring führen und diesen bis zu einer Anbindung nördlich Groß-Hehlens verlängern.

Im Jahr 1978 initiierte die »BI Stadtentwicklung« einen Bürgerantrag. Sie nutzte damit als erste Initiative diese gerade im Vorjahr neu in die Niedersächsische Gemeindeordnung aufgenommene Form der Bürgerbeteiligung, die allerdings nur eine Befassung durch den Rat vorsah und keinerlei bindende Wirkung hatte. Für ihren detaillierten Antrag, der den Bau einer Westum-

gehung und die Allerquerung der Biermannstraße vorsah, sammelte sie 2518 gültige Unterschriften. Die Befassung im Rat fiel so aus, wie wir es eigentlich bis heute kennen: Missachtung des Anliegens der Bürger_innen wäre noch nett ausgedrückt.

Immerhin hatten die Kritiker_innen damals die Cellesche Zeitung voll und ganz auf ihrer Seite. Was zu der aus heutiger Sicht amüsanten Situation führte, dass die CDU-Ratsfraktion mit Josef Augstein den älteren Bruder des SPIEGEL-Verlegers damit beauftragte, die Berichterstattung der CZ über die Ratssitzung zum Bürgerantrag auf ihre presserechtliche Ordnungsmäßigkeit hin zu überprüfen. Der »Stern« berichtete süffisant: *„Falsch berichtet war aber nichts – auch nicht nach Auffassung von CDU-Oberbürgermeister Dr. Helmuth Hörstmann. Ihn ärgerte schlicht, daß der Standpunkt seiner Partei, die Schnellstraße lasse noch genügend Aller-Idylle übrig, nicht im Stil eines Hofberichts lang und breit ausgewälzt worden war. Daß das kein Problem des Presse-rechts, sondern eine Frage von Meinungsfreiheit ist, will Hörstmann nicht einsehen: »Der Presserat soll der 'Celleschen Zeitung' mal deutlich sagen: Also, alter Freund, so geht es aber nicht!«“*

Die »BI Stadtentwicklung« hatte so nicht nur eine gute Plattform für ihre Kritik, sie konnte – mit Unterstützung durch die CZ – auch hinreichend Spenden einwerben, um einerseits stadtplanerische Gegenentwürfe entwickeln zu lassen und andererseits eine Klage gegen die Planfeststellung zu finanzieren.

Und so kommentierte auch der ab 1982 neue Verleger Georg Christian Pffingsten den Stopp der Ostumgehung noch zustimmend: *„Man wird den Verantwortlichen in mancher Hinsicht den Vorwurf nicht ersparen können, voreilig geplant bzw. gehandelt zu haben. Erhebliche Beträge sind hier buchstäblich »in den Sand gesetzt worden«. Den Schaden hat letztendlich und bedauerlicherweise der Steuerzahler zu konstatieren.“* (CZ, 14.04.1984)

Aber schließlich war es nicht der öffentliche Streit, sondern die Klagen gegen die Trassenführung, die die Ostumgehung ein erstes Mal scheitern ließen.

Ostumgehung – die Zweite ...

Endgültig beerdigt war die Ostumgehung damit nicht, ja die gescheiterte Planung hatte weder einen Politiker, noch einen Straßenbauer den Job gekostet. Und so wurde nach kurzer Bedenkzeit einfach aufs Neue losgeplant.

Schon im Juli 1989 einigten sich Behörden und der Rat per Beschluss für die alte Trasse – nur diesmal sollte ein 800 – 1500 Meter langer Tunnel statt Brücke die Planung gerichtsfest machen. Ein entsprechender Ratsbeschluss erfolgte gegen die Stimmen der beiden Grünen Hans-Günter Deuschle und Reinhard Rohde sowie der SPD-Ratsmitglieder Franz Awisus, Edzard Buismann und Joachim Schulze. (CZ, 04.07.1989) Dass die SPD tatsächlich weit zerrissener war, zeigte sich Ende



Juni, als sich eine Delegiertenversammlung aus allen Celler Ortsverbänden eindeutig gegen eine Ostumgehung und gegen eine Untertunnelung der Aller aussprach und sich für eine Ausbaulösung im Westen aussprach. Die Ostumgehungsgegner hatten dabei den Unterbezirksvorsitzenden Carl-Bertil Schwabe wie auch den Landtagsabgeordneten Fritz Riege auf ihrer Seite. (CZ, 29.07.1989)

Für die Grünen war das Tunnel-Projekt die „Scheinlösung einer sich immer weiter zubetonierenden Wachstumsgesellschaft“: „Erst zerstört man mit den aufwendigen Bauarbeiten das Ökosystem Alleraue, legt anschließend einen Wildgarten mit grügestrichenen Lüftungsschächten an, und wundert sich vielleicht noch, warum die vielen bedrohten Tier- und Pflanzenarten nicht zurückkehren.“ (CZ, 15.08.1989) Die Ostumgehung habe für die Autogesellschaft im übrigen die gleiche Wirkung wie Schnaps für Alkoholiker. Die Kosten der Tunnelvariante wurden seinerzeit übrigens auf rund 263 Millionen Mark geschätzt.

Von den Umweltverbänden sprach sich der DBV klar gegen die vorgeschlagene Variante aus und bevorzugte eine Stärkung des ÖPNV sowie des Ausbaus der westlichen Variante – zu den negativen Folgen für die Natur hieß es: „In diesem Gebiet, dem oberen Allertal, sind noch 130 Vogelarten, sieben Amphibien- und Reptilienarten und mehrere hochgradig gefährdete Libellen und Heuschreckenarten nachgewiesen worden. 36 Farn- und Blütenpflanzen der roten Liste finden dort geeignete Wuchsbedingungen.“ (CK, 03.09.1989)

Der Planungsprozess verlief im Folgenden zäh. Und 1997/98 war auch die Tunnelvariante wieder vom Tisch. Dass der Bund weder die Tunnelvariante noch einen vierspurigen Ausbau wolle, machte der damalige Staatssekretär im Verkehrsministerium Norbert Lammer bei einem Besuch in Celle im August 1997 deutlich. (CZ, 27.08.1997) Im Januar 1998 war dann endgültig klar, dass die Tunnellösung von der Bundesregierung aus Kostengründen abgelehnt wird. (CZ, 17.01.1998)

Ab 1997 verschärfte sich erneut die öffentliche Auseinandersetzung. Mit dabei waren diesmal auch neue Gruppen: eine Ortsgruppe von »Robin Wood« und die lokale Initiative »In Nomine Terra Incognita« (INTI). Am Nikolaustag 1997 kletterten zwei Aktivisten von »Robin Woos« den Weihnachtsbaum am Großen Plan hoch und befestigten ein zwei mal vier Meter großes Transparent mit der Forderung „Ostumgehung stoppen!“ Das dazu verteilte Flugblatt betont zum einen den ökologischen Wert der Allerniederung, argumentiert zum anderen aber explizit antikapitalistisch:

„Neue Straßen sind nicht zum Wohle der Bevölkerung, sondern dienen hauptsächlich zur Expansion der Transportwege (sowohl für Waren, als auch für Arbeitskräfte) der Marktwirtschaft. In deren Konkurrenzkämpfen spielt ja auch sonst Natur und Mensch keine sonderliche Rolle. Echte Lösungen können nur in einer radikalen Veränderung

der Verkehrsformen und –gründe gesucht werden. JedeR einzelne sollte wenigstens versuchen dem (verinnerlichten) Positiv-Image des PKW-LKW Verkehrs entgegenzuwirken. Nicht der Illusion von Freiheit, die Autofahren vermittelt, sollte angehangen werden, sondern der Sehnsucht nach wirklicher gesellschaftlicher Freiheit.“ (Flugblatt vom 06.12.1997)

Ein Flugblatt der Gruppe INTI von Mitte 1998 knüpft eng an den »Robin Wood«-Text an: „Hinter der Ostumgehung steht das Kapital! [...] Diese Logik und diese Interessen sind nicht die unseren! [...] Unser Kampf gegen die Ostumgehung ist ein Ansatz von vielen zur Überwindung dieses menschenverachtenden Systems und der ihm zugrunde liegenden HERRschaftsverhältnisse.“

Im April 1998 kennzeichnete »Robin Wood« die Trassenführung bei der Lachtemündung mit in die Bäume gehängten blauen Plastiksäcken, beschrieben mit Parolen wie: „Hier droht Naturzerstörung durch die Ostumgehung“ oder „Bald ist hier keine Natur mehr, sondern nur noch eine Müllhalde“. (CZ, 21.04.1998)



Beide Gruppen führten am 18. Juli 1998 ein »Buntes Umweltfest« in Thaers Garten durch. Auf dem Plakat ist zu lesen: „... mit phantasie und lebendigkeit / GEGEN DEN STRASSENWAHN“ Zum Programm gehörten u.a. ein Baumkletter-Workshop und eine naturkundliche Radführung; am frühen Abend spielten Celler Grunge- und Hardcore-Bands.

Im Februar 1998 hatten sich unter dem Namen »Aktionsbündnis für ein besseres Verkehrskonzept« elf Gruppen zusammengeschlossen: AG Energiewende, AK Umwelt Nienhagen, BI Stadtentwicklung Celle, BUND, Bündnis '90/Die Grünen, Flores e.V., INTI, NABU, Robin Wood und Naturfreunde. (CZ, 20.02.1998) Das Bündnis forderte eine „menschenfreundliche Verkehrsplanung, flächendeckend und bedarfsgerecht.“ Interessanterweise wurde der Blick auf ein gänzlich unbeachtetes »Verkehrsprblem« gelenkt, das Planer und herrschende Politik unbeachtet ließen: die „fehlende Mobilität von Menschen ohne Auto vor allem im ländlichen Bereich, von sozial Schwachen, von Jugendlichen, Senioren, Familien mit Kindern ohne Zweitwagen,... besonders an Wochenenden, abends, nachts.“ Zu den vom Bündnis vorgelegten „Bausteinen zur Verbesserung der Verkehrssituation in Celle“ gehörten deshalb: Verbesserung des ÖPNV, Anschluss an den Großraumverbund



Hannover, Entwicklung eines Fahrradkonzepts, Entschleunigung und Entlärnung des motorisierten Verkehrs, Einrichtung einer Mobilitätszentrale (Car-Sharing, Fahrgemeinschaften). Der Punkt „Ausbau Westtangente mit Lärmschutzmaßnahmen“ war so nur einer unter vielen.

Parallel gründete sich im Januar 1998 auf Anregung des CDU-Landtagsabgeordnete Otto Stumpf ein »Arbeitskreis pro Ostumgehung«. Behilflich war ein Vertreter der »Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung« (GSV), der die Aufgabe des Lobbyistenverbands unverblümt als die eines „*Roten Kreuzes für Straßen, die schneller gebaut werden sollen*“, beschrieb. (CZ, 30.01.1998)

Die Ignoranz von Planern und herrschender Politik wird vielleicht am deutlichsten in dem Zitat von CDU-MdB Klaus Hedrich: „*Das Maß an Dummheit, das sie den Deutschen zumutet, hat in Celle seinen Höhepunkt gefunden.*“ So meinte er die Prognose der verkehrspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen, Gila Altmann, kontern zu müssen. Die hatte anlässlich eines Celle-Besuchs auch der Brückenquerung keine Realisierungschance gegeben, weil dies gegen die Naturschutzrichtlinie der Europäischen Union verstoße. (CZ, 10.07.1998) Joachim Falkenhagen, FDP-Ratsherr schloss sich übrigens Hedrich mit der Kritik an, Altmann betreibe einen „*autofahrer- und damit bürgerfeindlichen Feldzug*“. – Gila Altmann sollte Recht behalten.

Flora – Fauna – Habitat

Die Ostumgehung wurde zunehmend zur „*Schicksalsfrage für die wirtschaftliche Entwicklung der Region*“ (Landrat Wiswe, CZ, 18.02.1999) hochstilisiert. Aber im März 1999 musste Landrat Wiswe im Umweltausschuss des Kreistages mitteilen, dass für die Allerniederung die Aufnahme in das europäische Naturschutzprogramm »Flora – Fauna – Habitat« (FFH) anstehe. Wären derartige Schutzgebietsysteme in das FFH-Programm aufgenommen, seien „Gestaltungsspielräume“ sehr gering. Bei der Einrichtung von FFH-Gebieten ging und geht es darum, nicht nur einzelne Pflanzen und Tiere zu schützen, sondern deren Lebensräume als Ganzes unter Schutz zu stellen und zu erhalten. Statt sich darüber zu freuen, machte – wie die CZ schrieb – das Wort von einer „*Naturschutz-Käseglocke*“ die Runde. (CZ, 26.03.1999)

Ende 1999 sickerte dann zusätzlich noch durch, dass

der Bundesverkehrswegeplan, der der Celler Ostumgehung „*vordringlichen Bedarf*“ eingeräumt hat, erheblich unterfinanziert sei und in einem Investitionsprogramm bis 2003 die Celler Ortsumgehung nicht mehr auftauche. Ohne Druck aus Celle und ohne deutliche Unterstützung, meinte der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans-Michael Goldmann bei einem Besuch in Celle, sei keineswegs sicher, dass sich die 250 Millionen Mark teure Ostumgehung 2003 im neuen Verkehrswegeplan unter vordringlichem Bedarf wiederfinde. Er brachte dabei die Beteiligung von Kommunen an Straßenbaumaßnahmen des Bundes ins Gespräch. (CZ, 16.12.1999) – Und stieß auf offene Ohren.

Trotz erheblicher kommunaler Schuldenberge beschlossen Stadt und Landkreis Celle, jeweils vier Millionen Euro für den Bau des ersten Bauabschnitts zuzuschießen. Durch diesen vom SPD-Wahlkreisabgeordneten und Bundestagsfraktionsvorsitzenden Peter Struck vermittelten Deal mit dem Bundesverkehrsministerium rückte die Celler Umgehungsstraße in der Reihenfolge der Planungsvorhaben des Bundes wieder deutlich nach oben. Wichtig war zudem, dass die Realisierung des ersten Abschnitts eine Vorfestlegung auf eine östliche Umfahrung bedeuten würde. Diesen Schachzug rechnete sich vor allem Alfred Tacke (SPD) zu, der als gebürtiger Celler in der Schröder/Fischer-Regierung Staatssekretär im Wirtschaftsministerium war. Die Lösung: Aufteilung in fünf Planungsabschnitte und einfach mit dem Bau beginnen, unabhängig davon ob es für die Allerquerung eine Genehmigung gibt oder nicht. Bernd Skoda, Verkehrsplaner im Celler Rathaus: „*Wenn erst einmal der erste Spatenstich gesetzt sei, müssten schließlich Lösungen gefunden werden.*“ (CZ, 26.02.2002)

In der politischen Landschaft hatte sich im neuen Jahrtausend nichts geändert: CDU, SPD und FDP im Rathaus waren bei ihrem bedingungslosen JA für die Ostumgehung geblieben, einziger Gegner war Bündnis '90/Die Grünen – allerdings inzwischen realpolitisch gebürstet mit einer starken Betonung auf der „*Alternative*“ Westumgehung. Die CZ war zwischenzeitlich allerdings ins Lager der Befürworter gewechselt. Am deutlichsten wird dies in einem Kommentar von Hans-Jürgen Galisch: „*Bei allem Verständnis für die Anliegen von Grünen und anderen Naturschützern organisierter und unorganisierter Art: In meinen Augen vergessen sie, dass auch der Mensch Teil der Natur ist. Ob die Bedenkenträger es wahr haben wollen oder nicht: Die meisten von uns sind tagtäglich mit dem Auto unterwegs. Die wenigsten gehen zu Fuß, fahren mit dem Rad oder benutzen den Bus, und wir quälen uns von Stau zu Stau. Dabei gibt es bei weitem ja nicht nur Gegner der Ostumgehung. Es wird Zeit, dass sich auch die Befürworter wieder deutlich zu Wort melden. Auch wir Menschen sind teil der Natur, und die Staus müssen weg. Amen.*“ (CZ, 19.11.2001)

Als sich die Stadt im August 2002 der Jury des europäischen Wettbewerbs »Entente Florale« stellte, störten die autonomen Ostumgehungsgegner_innen die Pflanzung eines Baums in Thaers Garten mit einem Anti-

Ostumgehungstransparent und Verkehrslärm aus dem Ghetto-Blaster. – Ein Jahr später wurden Werbebanner für die Ostumgehung, die die Stadt über die Einfahrtsstraßen spannte, zerstört.

Während Celles autonome Linke sich unter anderem so gegen die Ostumgehung positionierte, musste sie erleben, dass die PDS kein „natürlicher“ Bündnispartner war: Auf einer Diskussionsveranstaltung mit den Kandidat_innen für die Bundestagswahl 2002 setzte sich deren Kandidat Lothar Kaminski für die Ostumgehung ein und dies in 100-%iger Übereinstimmung mit Struck (SPD) und Hedrich (CDU). (CZ, 31.08.2002) – [Die Linke vertritt seit einigen Jahren aber eine ablehnende Haltung.]

In diesem Wahlkampf musste sich Verkehrsminister Bodewig (SPD) mit Protesten auseinandersetzen, Bei seinem Wahlkampfauftritt in Celle erntete er für seinen Satz „Die Menschen in Celle warten auf diese Straße“ auch Pfiffe, denn unter die 250 Zuschauer_innen hatten sich etwa 30 Gegner_innen der geplanten Ortsumgehung gemischt, die mit Transparenten, Flugblättern und Zwischenrufen ihrer Forderung nach dem Verzicht auf das Projekt Nachdruck verleihen wollten.

Im Spätsommer 2002 mussten die Planer die nächste Schlappe hinnehmen. Die von ihnen favorisierte Trassen-Variante 11, also die Allerquerung in Höhe der Lachtemündung, war nicht zu halten – jetzt richteten sich alle Hoffnungen auf die Variante 8N, die nahe an Altencelle vorbeiführen sollte. Die Trassenverlegung nach Osten beruhigte eine Gruppe der Gegner_innen, nämlich jene, denen es vor allem auf den Naherholungscharakter von Dammaschwiese und Lachtemündung ankam. Gleichzeitig jedoch sammelte sich etwa in Lachtehausen neuer Protest, der die neue Trasse als trennendes Element zur Stadt bzw. für den Ortsteil wahrnahm.

Gegen die neue Trassenführung gründet sich der Vereins „Im Interesse Aller“; Zweck des Vereins ist es, eine Trasse durch das Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet „Oberes Allertal“ zu verhindern. Stattdessen soll eine „Nordspange“ die Bundesstraße 3 von Klein Hehlen nach Groß Hehlen verbinden (Westumgehung). (CZ, 08.03.2002) Die Kritik des Vereins an der neuen Variante: Die neue Ostumgehungsvariante 8N entlaste die Allerbrücke nur um 4800 Fahrzeuge pro Tag, die Bundesstraße 214 belaste sie mit 7000 Fahrzeugen pro Tag mehr. Und die Kreisstraße 74, die durch Altencelle führt, wäre mit 12150 Fahrzeugen pro Tag immer noch erheblich belastet. Annegret Pfütznier, auch Vorsitzende der Bündnisgrünen Kreistagsfraktion verwies in diesem Zusammenhang auf ein Gutachten der Ingenieurgemeinschaft Schubert: Die Variante 8N sei nicht geeignet, „den verfolgten Zweck ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen für das FFH-Gebiet zu erreichen“.

Der Protest gegen die Ostumgehung wurde in den letzten Jahren neben dem Zusammenschluss von »Im Interesse Aller« vor allem von den klassischen Umwelt- und Naturschutzverbänden getragen, insbesondere dem

BUND. Die ökologische Linke der Stadt trat kaum noch in Erscheinung – mit einer kleinen Ausnahme: Die Blumenkästen vor dem Café Rio's wurden im Frühjahr 2012 mit Pflanzen besetzt, die vor der Betonwalze des Zweiten Bauabschnitts gerettet wurden. In dezentraler Ergänzung zur Kasseler Documenta verwies ein Schild auf den Hintergrund: „Asylum seeking plants taking refuge from Ostumgehungs traffic terror“. (siehe Foto) Sie gedeihen prächtig und werden als kleines Symbol des Widerstands in diesem Frühjahr wieder sprießen.

Ende November 2011 erging der Planfeststellungsbeschluss für den dritten Bauabschnitt. Er wurde u.a. vom BUND beklagt. Am 28. September 2012 erklärte das Niedersächsische Obergericht den Planfeststellungsbeschluss für vorläufig nicht vollziehbar, da sich „zahlreiche komplexe Tatsachen- und Rechtsfragen stellen [würden], die den europarechtlich veranlassten Gebiets- und Artenschutz betreffen. Deren Beantwortung kann mit der im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes nur möglichen summarischen Prüfung der Sach- und Rechtslage nicht hinreichend sicher prognostiziert werden.“ Ein sofortiger Vollzug würde „zur Folge haben, dass gewichtige, auch europarechtlich geschützte Gemeinwohlbelange des Naturschutzes beeinträchtigt werden.“ (Presseinformation OVG vom 28.09.2012)

So stehen die Planer und die politisch Verantwortlichen im Jahr 2013 vor der von Gegner_innen immer kritisierten Situation, dass sie eventuell eine Ortsumgehung gebaut haben, die mit dem ersten und zweiten Bauabschnitt endet und so erst das Verkehrschaos herstellt, das sie seit 50 Jahren heraufbeschwören.



Ein Musterbetrieb im Nationalsozialismus

Die »Spinnhütte« entwickelte sich in den 12 Jahren des Nationalsozialismus zum bedeutendsten Celler Industriebetrieb. Im Zuge der Aufrüstung und mithilfe des Luftfahrtministeriums wurde der Betrieb zum wichtigsten Hersteller von Fallschirmseide. Als einziges Unternehmen vor Ort erhielt es die beiden höchsten Auszeichnungen „Nationalsozialsozialistischer Musterbetrieb“ und „Kriegsmusterbetrieb“. Christopher Manuel Galler hat sich in seiner im November 2012 als Buch veröffentlichten Masterarbeit neben der Frage der Einbettung in die NS-Rüstungsproduktion intensiv auch mit dem »sozialen Raum« befasst, den ein NS-Musterbetrieb für die Belegschaft herstellte.

Galler entwickelt anschaulich die Vor- und Frühgeschichte der »Spinnhütte« und die spezifischen Gründe, u.a. die fördernde Unterstützung durch die Stadt, für die Ansiedlung des Unternehmens in Celle. Dass die »Spinnhütte« ihr Überleben und ihre Expansion ab 1933 ausschließlich der wehrwirtschaftlichen Bedeutung ihrer Produkte zu verdanken hatte, wird schlüssig belegt.



Unter Einbeziehung vieler Aspekte beschreibt Galler die Entwicklung des „betrieblichen Lebens“: Betriebsordnung, Werkzeitschrift, Freizeitgestaltung und soziale Fürsorge, Betriebsveranstaltungen- und Appelle, schließlich auch die Bedeutung der »Webersiedlung« für Belegschaftsangehörige. Was Galler aus den vorliegenden Quellen zusammenträgt, kann in gewisser Weise als jenes »Faszinosum« erscheinen, von dem Bundestagspräsident Jenninger 1988 sprach (und was ihn den »Job« kostete): Die »Spinnhütte« bot als »Musterbetrieb« vieles von dem, was sich Kommunist_innen in der Weimarer Republik von einem Industriebetrieb erträumt hätten. Nur ein Beispiel, die so genannten „Werkspausenkonzerte“:

„Dokumentiert ist, dass diese in den Sommermonaten teilweise unter freiem Himmel stattfanden. In diesem Fall spielte die eigene Werkskapelle Märsche, Walzer und »Charakterstücke«, während den Beschäftigten Tee und Kaffee zur Verfügung gestellt wurde und einige die Gelegenheit zum Tanzen nutzten.“ (S. 78)

Im „Werkskino“ wurden Filme gezeigt, es gab eine werkseigene Bücherei, turnusmäßig wurden 5 % der Belegschaft in Erholungsheime der DAF verschickt, wofür es Sonderurlaub gab. Der Betriebssport erhielt einen hohen Stellenwert; es gab eigene Sportanlagen; die Teilnahme an Sportkursen wurde aus der Unternehmenskasse erstattet. Hier findet sich eine Wirklichkeit, die in kommunistischen Zeitungen der 1920er Jahre die Bezeichnung »Arbeiterparadies« hervorgerufen hätte.

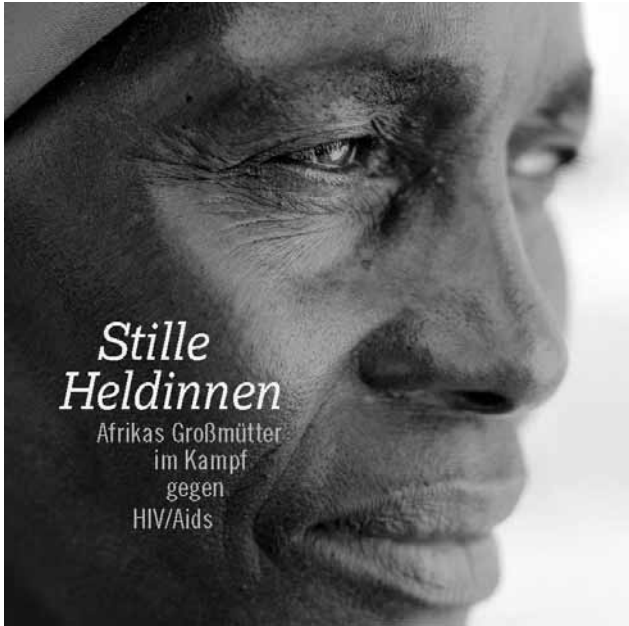
Galler begegnet diesen Alltagsbeschreibungen mit der These, hinter allem wirke die Absicht zur Implementierung nationalsozialistischer Ideologie und eine Militarisierung („*Oszillation zwischen Urlaub und Kasernenhof*“) der Belegschaft. Das ist sicher richtig. Aber eigentlich gilt es hier, weitere Fragen zu entwickeln. Zunächst einmal gestaltet sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit im Kern über die Löhne. Hierzu gibt es leider bei Galler nichts; also: Wie war die Entlohnung bei der »Spinnhütte« im Vergleich zu anderen Branchen und auch im Vergleich zu Löhnen vor der Weltwirtschaftskrise? In welche Formen gestaltete sich so etwas wie innerbetrieblichen »Mitbestimmung/-gestaltung« im Rahmen des Systems der Deutschen Arbeitsfront im Alltag eines »Musterbetriebs«? Die »Spinnhütte« war tendenziell ein Frauenbetrieb, der erst nach 1933 zu einem Industriebetrieb wuchs – welche Rolle spielte dies für die anscheinend reibungslose Durchsetzung der Volksgemeinschaftsideologie im Betrieb?

Leider gibt es kaum Zeitzeug_innen-Berichte, und es dürfte inzwischen fast unmöglich sein, derartige »Quellen« noch zu erschließen. In der lokalen Erinnerungskultur spielte die »Spinnhütte« erstaunlicherweise kaum eine Rolle. Das überrascht, hat aber wahrscheinlich genau damit zu tun, dass der Betriebsalltag sich im Erleben der Beschäftigten vielleicht sogar positiv abhob von den Erfahrungen der 1950er und 1960er Jahre, gleichzeitig aber klar geworden war, dass es sich um einen aufgenordeten NS-Rüstungsbetrieb gehandelt hatte.

In gewisser Weise spiegelt sich dies auch in jenem Kapitel, in dem sich Galler mit der „*Entnazifizierung*“ befasst. Er fängt über die zum Teil eher persönlichen Scharmützel einzelner entlassener ehemaliger Betriebsangehöriger mit der nicht entnazifizierten Firmenleitung die Probleme und Fragen der Nachkriegszeit ein. Aber wie schon die Zeitgenossen tut sich der Autor schwer mit der Bewertung des Handelns der wirtschaftlichen »Eliten«. Warum eigentlich? Ein Generaldirektor und seine Leitung, die wie in der »Spinnhütte« ab 1941/42 das rassistische Zwangsarbeitssystem nutzen, sollten nach dem 8. Mai 1945 nicht mehr auf Chefesseln sitzen, sondern einige Zeit im Knast verbringen, oder? Gallers Wertung bleibt allgemein: „*Gerade der Umstand, dass es gelungen war, menschlich wie technisch fähige Führungspersönlichkeiten für den Nationalsozialismus einzunehmen, dürfte einer der entscheidenden Faktoren gewesen sein, der das NS-Regime für weite Kreise hoffähig machte. Denn alle Menschen in verantwortlichen Positionen schwammen eben nicht nur mit der Strömung, sondern beschleunigten sie dabei.*“ (S. 134)

Fazit: Die Untersuchung über die »Spinnhütte« öffnet den Blick auf den lokal wohl bedeutendsten NS-Betrieb. Neben der Darstellung der wirtschafts- und rüstungspolitischen Zusammenhänge führt Christopher Manuel Galler über viele bisher ungenutzte Quellen ein in den Alltag eines NS-Musterbetriebs. Ein lokalgeschichtlich wichtiges Buch – die vorher aufgeworfenen Fragen sind insoweit nicht als Kritik am Buch zu lesen, sondern sollen eher darüber hinausweisen.

Galler, Christopher Manuel: *Die Spinnhütte Celle im Nationalsozialismus. Arbeit und Rüstungswirtschaft in einem Musterbetrieb von 1934 bis 1945*, Bielefeld 2012, 148 S., ISBN: 978-3-89534-944-7, Preis € 14,90



Stille Heldinnen

Afrikas Großmütter
im Kampf
gegen
HIV/Aids

Die Fotoausstellung STILLE HELDINNEN mit Fotografien von Christoph Gödan wird vom 5. Februar bis 8. März in den Räumen der VHS, Trift 20, gezeigt. Die von HelpAge Deutschland präsentierte Ausstellung zeigt ein anderes Gesicht des demografischen Wandels. Auch in Afrika werden die Menschen immer älter. Diese vergessene Generation gehört zu den Ärmsten der Armen. Weil ihre Kinder an AIDS sterben, sorgen vor allem die Großmütter für die Enkelkinder. Die Hälfte der heute zwölf Millionen AIDS-Waisen Afrikas wächst bei ihren Großeltern auf. Christoph Gödans großformatige Portraits der Großmütter und ihrer Enkelkinder geben der unsichtbaren Generation ein Gesicht und drücken vor allem eines aus: ihre Würde im Kampf gegen die Krankheit.

Ein Begleitheft zur Ausstellung gibt es als pdf unter <http://www.helpage.de/>; das Begleitprogramm findet sich auf den Seiten der Celler VHS: www.vhs-celle.de

Demografischer Sachzwang und politisches Gebären

Seit einigen Jahren schon gelten demografische Ziele als Motor staatlicher Familienpolitik in Deutschland wieder als legitim. Vor allem einkommensstarke, akademisch gebildete Frauen mit deutschem Pass sollen (mehr) Kinder bekommen (Elterngeld, Tagesbetreuungsbaugesetz etc.); auf der anderen Seite wurden staatliche Unterstützungen für Hartz-IV-Empfängerinnen gekürzt. So wird gesteuert, wer Kinder bekommt und welche Kinder geboren werden.

Emanzipatorische Kritik an den Politiken des Kinderbekommens muss »Demografisierung« an sich in Frage stellen. Denn sie zementiert soziale Ungleichheit und rassistische Exklusion und stellt letztlich die Existenzberechtigung bestimmter Bevölkerungsgruppen - vermittelt über ihre »Fortpflanzung« - in Frage.

Mit diesem Thema beschäftigt sich in einer Vortragsveranstaltung Dr. Susanne Schultz. Sie ist Mitarbeiterin des Gen-ethischen Netzwerks, Autorin von *Hegemonie – Gouvernamentalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik* (Münster 2006) und lebt in Berlin.

Mittwoch, 13. März 2013

18.30 Uhr, VHS Celle

Veranst.: Rosa Luxemburg Club Celle

Veranstaltung mit Dr. Susanne Schultz



Kino 8 ½ im Febr./März

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



08. und 09. Februar

OH BOY

Ein junger Mann, der längst sein Jura-Studium aufgegeben hat und nun ohne die finanzielle Unterstützung seines Vaters auskommen muss, lässt sich einen Tag und eine Nacht durch Berlin treiben und begegnet dabei an den unterschiedlichsten Orten den unterschiedlichsten Menschen. Episodenhaft strukturierte melancholische Komödie, die mal mit perfekt getimten Sketchen, mal mit pointenreichem Dialogwitz unterhält. In der Hauptrolle souverän gespielt, gewinnt der schwarz-weiß fotografierte, mit effektvoller "cooler" Jazz-Musik unterlegte Film eine traumhafte und streng stilisierte Qualität.

Deutschland 2011, Kinostart 01.11.2012, 88 Minuten

Fr., 15. Februar

CÄSAR MUSS STERBEN (CESARE DEVE MORIRE)

Semidokumentarischer Film über eine Inszenierung von Shakespeares Tragödie "Julius Caesar" in einer römischen Haftanstalt. Dabei geht es nicht um die filmische Aufzeichnung von Proben und Aufführung, vielmehr um das spannungsreiche Wechselspiel von Gefängnis-Realität, Theaterdrama und dem Medium Film, wobei im Mittelpunkt die Frage nach der Freiheit, ihrem Wert und ihren Gefährdungen steht. Die Eindringlichkeit der Protagonisten, die ihre eigenen Geschichten in ihre Rollengestaltung mit einbringen, sowie eine kluge Inszenierung machen den Film sowohl zu einem ästhetischen Genuss als auch zum intellektuellen Abenteuer. (O.m.d.U.; Preis der Ökumenischen Jury Berlin 2012).

Italien 2011, Kinostart: 27.12.2012, 77 Minuten (vorher drei Kurzfilme)

Sa., 16. Februar

DER VERDINGBUB

Ein zwölfjähriger Waisenjunge wird von den Behörden in eine Bauernfamilie gesteckt, die ihn und ein anderes "Verdingkind" lieblos als billige Arbeitskraft missbraucht. Besonders hart wird es, als der arrogante Sohn der Familie nach seiner Militärzeit auf den Hof zurückkehrt. Schnörkelloses, packen-

des Drama über ein düsteres Kapitel der Schweizer Geschichte, das dramaturgisch alles richtig macht und auch schauspielerisch durchgehend überzeugt. Ein starker, eindrücklicher und auch (politisch) wichtiger Schweizer Film..

Schweiz/Deutschland 2011, Kinostart: 03.11.2012, 106 Minuten

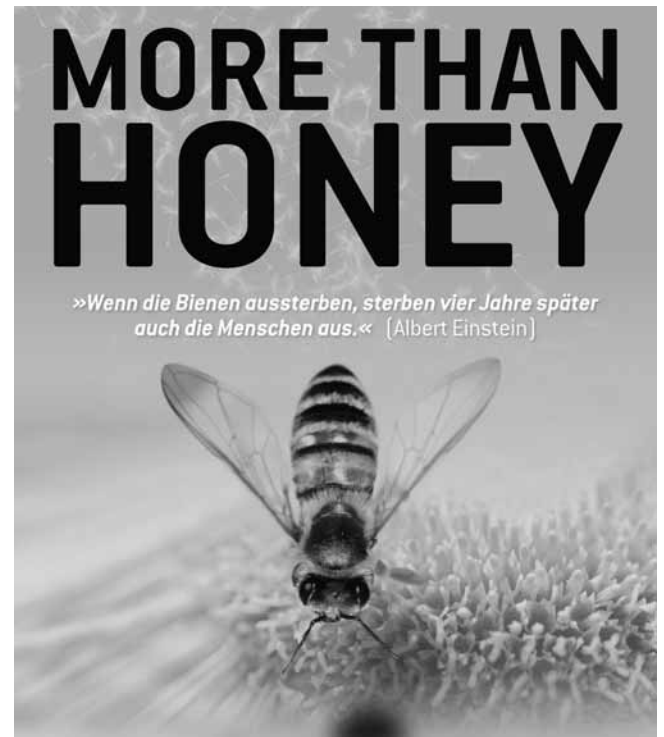
08. und 09. März

MORE THAN HONEY

Bienenvölker spielen weltweit als Honiglieferanten, aber auch als Bestäuber von Pflanzen eine unverzichtbare Rolle. Seit Jahren sorgt deshalb das rätselhafte Bienensterben für beträchtliche Unruhe. Der Dokumentarfilm spürt diesem Phänomen von Kalifornien bis China nach und besucht Imker, die sehr unterschiedliche Haltungen zu ihrem Beruf und den Bienen einnehmen. Mit einem sehr persönlichen Off-Kommentar sowie einer beeindruckenden Bildsprache huldigt er den Bienen und ihrer Rolle für Natur und Mensch, wobei auch kritische Fragen nach dem Umgang des Menschen mit ihnen gestellt werden.

In Kooperation mit dem Bieneninstitut Celle; Referent an beiden Abenden: Dr. Werner von der Ohe (Leiter des Instituts für Bienenkunde Celle)

Schweiz/Deutschland/Österreich 2012, Kinostart 08.11.2011, 94 Minuten



Alles Weitere auf

<http://www.kino-achteinhalf.de/>

Politische Termine in und um Celle

Sa., 09. Februar, 10.00 – 14.00

Info Meile – „Keine Ruhe für Neonazis und Rassisten!“

An der „Infomeile“ aus Anlass des bevorstehenden Naziaufmarschs in Dresden beteiligen sich der sich DGB, Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, VVN-BdA, Die Linke, Bündnis '90/Die Grünen, Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus, Grüne Jugend sowie der Escheder Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte, SPD ist angefragt (Stand 21.01.2013). Von 10.00 Uhr bis Uhr 14.00 Uhr werden diese Gruppierungen in der Celler Innenstadt Informationsstände durchführen.

So., 17. Februar, 11.00

Vortrag: Rainer Hoffschildt (Han)

Homosexuellenverfolgung im Nationalsozialismus

Kommentar: Dr. Thomas Rahe (Gedenkstätte Bergen-Belsen)

Die Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 hatte gravierende Folgen für homosexuelle Männer, sie wurden in bisher nicht bekanntem Umfang und mit äußerster Brutalität verfolgt. Hoffschildt skizziert die Etappen der zunehmenden Radikalisierung der Homosexuellenverfolgung im Nationalsozialismus und veranschaulicht dies durch die Vorstellung von Einzelschicksalen homosexueller Männer vor allem aus Niedersachsen.

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Fr., 22. Februar, 19.00

Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann (Berlin und Potsdam)

Das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), mitgliederstärkste Organisation des Dritten Reiches, besaß einen riesigen Unternehmenskomplex, der mit bis zu 200.000 Arbeitnehmer_innen und einem Umsatz von ca. zwei Mrd. Reichsmark im Jahr zu den größten deutschen Konzernen gehörte. Dieses Unternehmenskonglomerat war vor allem im Bank- und Versicherungsgewerbe, im Bau- und Wohnungswesen, im Verlagswesen und Buchhandel, im

Automobil- und Schiffsbau sowie im Einzelhandel tätig. Rüdiger Hachtmann stellt die rasante Entwicklung der einzelnen Konzernteile zwischen 1933 und 1945 und analysiert die DAF als politische Organisation im Kern des NS-Wirtschaftssystems.

Der in Celle gebürtige Historiker Rüdiger Hachtmann leitete von 1998 bis 2006 das DFG-Projekt *Gesamtdarstellung: Die Deutsche Arbeitsfront 1933 bis 1945*. Er ist außerplanmäßiger Professor an der TU Berlin und seit 2007 Leiter der Projekts *Das fordistische Jahrhundert* am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

Veranst.: Rosa-Luxemburg Club

VHS Celle, Trift 17 (Saal), Eintr. frei

Di., 26. Februar, 18.30 – 20.45

Dr. Dieter Budde

Marx und Marxismus

Dass sich der ehemalige Generalmajor der Bundeswehr mit „grundlegenden Texten von Karl Marx“ befassen will, lässt in gewisser Weise aufhorchen.

VHS Celle, Trift 20, Gebühr: 9,00

Do., 07. März, 18.00

Prof. Dr. Karl-Heinz Breier (Uni Vechta)

Vortrag: Hannah Arendt – „Der Sinn von Politik ist Freiheit“

VHS Celle, Trift 20, Gebühr: 10,00

Sa., 09. März, 10.30

Aktionskette Grohnde

Das Celler Forum gegen Atomenergie lädt ein zur Teilnahme an der Aktionskette zum Jahrestag der Fukushima-Katastrophe – höchstwahrscheinlich nach Barsinghausen

Abfahrt vom Bahnhof Celle, Kosten rund 8 Euro

Mehr auf Seite 18

Mo., 11. März, 18.00

Kundgebung zum 2. Jahrestag der atomaren Katastrophe von Fukushima

Veranst. Forum gegen Atomenergie

Ort: Stechbahn

Mi., 13. März, 18.30

Dr. Susanne Schultz (Berlin)

Demografischer Sachzwang und politisches Gebären

Veranst.: Rosa-Luxemburg Club

VHS Celle, Trift 17 (Saal), Eintr. frei

Do., 21. März, 20.00

Pfade durch Utopia - Ein Film von Isabelle Fremeaux / John Jordan

Dieser Film ist sowohl spannender Reisebericht als auch Dokumentation utopischer Praxis, eine Entdeckungsreise auf der Suche nach postkapitalistischen Lebensformen. Vom illegalen Klimacamp beim Londoner Flughafen Heathrow bis zum von Punks besetzten Weiler in den Cevennen, von der von ihren Schülern selbst verwalteten anarchistischen Schule bis zur englischen Agrarkommune, von besetzten Fabriken in Serbien bis zum Bauernhof, auf dem Privateigentum gänzlich abgeschafft ist – die Autoren haben in den in den Breschen und Lücken der Gegenwart sehr lebendige Utopien gefunden. Aus dieser reichen Erfahrung ist »Pfade durch Utopia« entstanden, ein verführerischer Bericht, der vom Leben dieser Gemeinschaften erzählt, von ihrem Alltag und ihrer Geschichte, ein poetisches Roadmovie aus der Zukunft.

Veranst.: Transition Town Celle

Ort: Kino 8 ½, Eintritt frei.

Fr., 29. März, 11.00

Ostermarsch Heide: Nie wieder Faschismus – Schluss mit den Kriegen!

Um 11 Uhr beginnt der ca. 70 km lange Ostermarsch an der Gedenkstätte Bergen Belsen, führt vorbei am Truppenübungsplatz Munster, über Soltau (Übernachtung) entlang der Heidebahn durch den Naturschutzpark Lüneburger Heide bis nach Heideruh (Samstagabend). Zu Fuß, per Rad, auf Skateboards, zu Pferde und per Heidebahn demonstrieren wir gegen Kriege und Faschismus. Auf dem Friedensfest am Ostersonntag werden wir ausruhen und ein Kulturprogramm erleben. Ostermontag können wir uns am Hamburger Ostermarsch beteiligen.

Fr. 29. März - Mo. 1. April 2013

Kunst & Kultur

Fr., 01. Februar, 20.00

Marlene Streeruwitz

Jessica, 30. (Deutsche Erstaufführung)

Jessica Somner, 30, sieht gut aus, ist jung und intelligent. In ihrem Leben könnte alles perfekt sein, wenn da die Liebe und der Job nicht wären. Sie entscheidet sich gegen Anpassung und für Gegenstrategien: Sie bringt die Mächenschaften der Mächtigen ans Licht der Öffentlichkeit, und privatisiert im Gegensatz dazu ihren Körper. – Ihre Mutter, die Lateinprofessorin Veronika Halden plagen Gewissensbisse: Wann darf sie sich einmischen? Wann muss sie schweigend zusehen? Beide Frauen sind den Gesetzen des Alters/ihrer Generation unterworfen.

Schlosstheater, Malersaal

Auch am:

01./02./07./08./09./14./15./16./21./22./23.02.2013

Fr., 08. Februar, 20.00

"Sophie(l) zum Thema Jazz"

Die Band "Sophie(l) zum Thema Jazz". Sängerin Sophie Lindmüller und Saxophonist Moritz Aring besuchen zurzeit noch das KAV-Gymnasium; Die einzelnen Bandmitglieder: Joshua Clasen (Klavier), Sophie Lindmüller (voc.), Frederik Tollemer (Bass), Philip Dornbusch (Drums), Moritz Aring (Alt- u. Bariton-Sax.), Paul Tollemer (Gitarre).

Kunst & Bühne, Nordwall, AK 10,00

Sa., 09. Februar, 19.00

Trendkill Rockshow

CDK, AK € 11,00

Fr., 15. Februar, 20.00

Peter Schanz

Altensalzkoth (Uraufführung)

Der Abend will mit den Mitteln des Theaters Mehreres liefern: Informationen über den nach wie vor kaum bekannten, unglaublichen Vorgang um Eichmanns Jahre im Landkreis Celle; Fragestellungen zur Nachbarschaft des Bösen, zu persönlichem Engagement und kollektiver Verdrängung; einen Diskussionsbeitrag zur Frage nach dem

Fortdauern einer Pflicht zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus; einen Diskurs über die heutige gesellschaftliche Aufgabe von Kunst und Kultur.

Schlosstheater, Hauptbühne; auch am:

16./17./19./20./21./22./23./25./26./27./28.02.2013

01./02./03./04./05./06./07./08./09./11./12./13.03.2013

Sa., 16. Februar, 21.00

ACHTUNG BABY / U2-Tribute-Band

CDK, VVK 13,90 / AK 15,00

Fr., 22. Februar, 20.00

Ulla Meinecke Crew

"Songs und Stories" Live 2013

CDK, VVK 20,90 / AK 24,00

Fr., 01. März, 19.00

Jazz-Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 01. März, 20.00

LaLeLu - a-cappella aus Hamburg

CDK, VVK 20,90 / AK 22,00

So., 03. März, 20.00

Hotel Bossa Nova

Jazzformation aus Wiesbaden mit der Sängerin Liza da Costa

CDK, VVK 17,90 / AK 19,00

Mi., 13. März, 20.00

Sam Kelly's Grooviticus

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 15. März, 21.00

Freedom – The Party

CD Kaserne, AK 6,00

Sa., 16. März, 19.00

Mascha Kaléko per Chanson - Ein musikalisches Porträt mit vielen Neuvertonungen

Cathrin Alisch (Sprache, Geige, Gesang)

Synagoge, Im Kreise, AK 10,00

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer
jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Attac-Plenum
jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie
jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Regionale Energie & Konsum-Wende (Transition Town)
jeden 1. Di. im Monat, 18.30
Uhr – Buntes Haus

Critical Mass Celle
Jeden 2. Sa. Im Monat., 12 Uhr,
Ecke Neumarkt/Nordwall

Bündnis Soziale Gerechtigkeit
Sprechstunden
montags und mittwochs
14:00 – 17:45 Uhr

Buntes Haus Plenum
jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,
Buntes Haus

Redaktionsschluss für die
April/Mai-Ausgabe ist
Montag,
der 18. März

Auch Veranstalter_innen
können uns bitte bis zu diesem
Termin ihre Planungen
mailen an:

revista@gmx.de